

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 9/2019

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 16. Oktober 2019

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:17 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzender: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Kehrle, OR Dirk Müller, OR Böhler-Friess,

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Klingert, OR Frey, OR Köster, OR Stolz,
OR Ricken, OR Dr. Wagner, OR Ruf

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Ginder

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Henkel

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Rosemarie Susi (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner, Herr Gerardi, Herr Schwartz und Frau Rosenberg (Stpl.A.), Herr Backhaus (AfA), Herr Vogel (FBA), Frau Stehli (StADu, Abt. Friedhofsverwaltung), Herr Hacker und Frau Bregula (UA), Herr Dueck und Frau Susi (StADu).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 30. September 2019, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 4. Oktober 2019 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: Jahresgespräch mit dem Stadtplanungsamt

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte Sie zu einer Schweigeminute einladen.

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Antisemitismus, Rassismus und Rechtsradikalismus in Deutschland und unter dem Eindruck des antisemitischen Anschlags in Halle, der Partnerstadt von Karlsruhe, bittet sie, in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden, vor Eintritt in die Tagesordnung, sich für eine Minute des Schweigens von den Plätzen zu erheben, im Gedenken an die Opfer des Anschlags von Halle und als Zeichen der Solidarität im notwendigen gemeinsamen Eintreten gegen Antisemitismus.

Für die heutige Sitzung, aus beruflichen Gründen entschuldigt, wäre OR Henkel. OR Klingert werde sich um ca. 30 Minuten verspäten.

Sie tritt in die Tagesordnung ein und ruft **TOP 1** auf. Hierzu begrüßt sie recht herzlich die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Professor Dr. Karmann-Woessner, Herrn Gerardi, Frau Rosenberg und Herrn Schwartz.

Frau Dr. Karmann-Woessner (Stpl.A.) bedankt sich bei Ortsvorsteherin Ries für die Einladung und erklärt, dass man auch in diesem Jahr sehr gerne nach Durlach gekommen wäre.

Man habe eine Gesamtschau (Power-Point-Präsentation, s. Anlage) dessen, was man für Durlach geplant habe, im zurückliegenden Zeitraum und natürlich auch einen Ausblick auf die nächsten Monate, auf das woran man arbeite und auf die Prioritäten, vorbereitet. Sie wäre mit einem kompetenten Team angereist welche viele von Ihnen kennen. Aber es gebe ja nun auch neue Ortschaftsräte und deshalb stelle sie zu ihrer linken Herrn Gerardi vor. Er leite den Bereich Stadtbild und wäre für den Bereich Durlach verantwortlich. Dadurch, dass man einen historischen Stadtkern habe, wären hier sehr viele stadtpflegerische Fragen und Anliegen zu klären. Zu ihrer rechten sitze Herr Schwartz, welcher für den Verkehrsbereich zuständig wäre, vor allem für strategische Verkehrslösungen. Zu guter Letzt sitze Frau Rosenberg, die die Sanierungsverfahren hier in Durlach betreut und viele Termine in Durlach wahrnehme.

Man habe eine gute Übersicht dabei und werde diese knapp und mit den wesentlichen Teilen vorstellen.

Es werden folgende Projekte vorgestellt:

- Bebauungsplanverfahren „Oberer Säuterich“
- Bebauungsplan „Hanggebiet Durlach, Bereich E“
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Basler-Tor-Straße 77 – Pflegeheim „Haus am Turmberg“
- Bebauungsplan „Ochsantor/Nordöstlicher Altstadtrand Durlach“
- Bebauungsplan „Gewerbegebiet Ottostraße zwischen Wolfartsweierer Straße und Autobahn“
- Gestaltungssatzung Altstadt Durlach
- Erhaltungssatzung Altstadt Durlach

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: Jahresgespräch mit dem Stadtplanungsamt

Blatt 2

- Sanierungsgebiet Durlach Aue
- Sanierungsgebiet Durlach Stadteingang
- Umsetzung „Faires Parken Durlach“
- Rad-City-Route Durlach
- Sachstand Fahrradverbindung Rußweg.

Am Ende der Präsentation zeigt sie noch einmal die erste Seite der Präsentation mit der Projektübersicht (räumliche Verteilung der einzelnen Projekte) und meint, man habe sicherlich noch die eine oder andere Fragen zum Thema.

- Klopfbeifall -

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich herzlich und erklärt, dass sie zu Beginn eine Frage habe. Sie habe den Abgrenzungsplan (Präsentation, S. 37) für die vorbereitenden Untersuchungen für den Stadteingang gesehen. Ihres Wissens habe man dies doch aber um die alte Gießerei erweitert?

Frau Rosenberg (Stpl.A.) entgegnet, als sie dieses Thema eben vorgestellt habe, wäre ihr dieser Gedanke auch wie ein Blitz durch den Kopf geschossen. Sie glaube man habe in der Tat in der aktuellen Präsentation den falschen Plan.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass man das ja prüfen könne, denn das wäre wichtig, da hier unter Umständen etwas anstehe.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für den umfangreichen Vortrag. Er meint, dass die genauen Zeitpläne überaus hilfreich wären. Er wolle wegen der Erhaltungssatzung wissen, ob der nordöstliche Bereich Blumentorstraße und der ganze Bereich mit den alten Häusern, die um 1910/1920 gebaut wurden, ob man die Erhaltungssatzung um diesen Bereich erweitern könne? Ihm wäre sehr wichtig, dass man dort auch eine Art Erhaltungssatzung habe.

Herr Gerardi (Stpl.A.) antwortet, im Prinzip ja.

Hier gehe es dann aber um eine gemeinderätliche Satzung, man müsse dazu einen erneuten Aufstellungsbeschluss fassen und wieder in den Gemeinderat gehen. Also quasi wieder einen Schritt zurück. Im Prinzip könne man aber selbstverständlich die Erhaltungssatzung erweitern. Die Abgrenzung, wie man sie im Moment habe, beziehe sich auf den Wertepan, den das Regierungspräsidium, der Denkmalschutz aufgestellt habe. Das wäre eine gute Grundlage für die Erhaltungssatzung.

Die Frage wäre aber wie immer, wo hört man auf? Bislang habe es immer geheißen man rede von der Durlacher Altstadt. Natürlich könne es darüber Diskussionen geben, wo diese beginnt und aufhört und wo es in die Stadterweiterung des 19. Jahrhunderts hineingeht.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: Jahresgespräch mit dem Stadtplanungsamt

Blatt 3

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bemerkt, dass man sich hierüber noch einmal intern abstimmen solle. Denn ab einem gewissen Zeitpunkt müsse auch das Stadtplanungsamt wissen, wo die Abgrenzung stattfindet, um dann auch in die Erarbeitung der Erhaltungssatzung gehen zu können.

Falls man hier eine Mehrheit habe, welche anregt, die Altstadt um diesen Teil zu erweitern, würde sie vorschlagen, dies innerhalb der Fraktionen vorzubesprechen. Dann könne man darüber im nächsten Ältestenrat diskutieren.

Danach habe man dann ein festes Ergebnis auf welches sich das Planungsamt verlassen und mit dem man starten könne.

Sie fragt, ob dies so in Ordnung wäre.

Das Gremium stimmt dem zu.

Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner (Stpl.A.) erklärt, dass die vorbereitenden Untersuchungen so beauftragt wurden, dass man das erweiterte Gebiet damit abdeckt. Es müsse nur, wie die Vorsitzende gerade erwähnt habe, irgendwann eine klare Vertragssituation geben. Das werde aber gerne noch einmal geprüft.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für den Vortrag.

Es gehe ihm um die Hanglage E (Präsentation, S. 13) und dort um einen speziellen Fall, den er auch schon im Ausschuss II angesprochen habe.

Er wolle wissen, ob dieser Bebauungsplan die Hanglage sichere, oder sage diese Abgrenzung aus, dass die Hanglagen in Gefahr wären?

Man habe von verhaltener Nachverdichtung gesprochen. Die Sorge der Bürger und auch von ihm wäre, dass eine verhaltene Nachverdichtung nichts anderes bedeute, als dass man das schöne Landschaftsschutzgebiet zerstört. Er wolle wissen, wie das vom Stadtplanungsamt interpretiert werde.

OR Klingert 17:28 Uhr anwesend.

Herr Gerardi (Stpl.A.) antwortet, dass der Bebauungsplan sich nicht über das Landschaftsschutzgebiet erstreckt. Das Landschaftsschutzgebiet bleibe unangetastet. Auch er wäre der Meinung, dass es in diesem Bereich exorbitante Bauvorhaben gebe.

Leider gehöre dies noch zum Planungsverlauf, bevor man einen Verfahrensstand im Bebauungsplanverfahren erreicht habe, wo man hätte sagen können, dass ein solches Vorhaben zu viel des Guten bedeute. So etwas werde aber in Zukunft nicht mehr passieren, sobald der Bebauungsplan seine Gültigkeit habe.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: Jahresgespräch mit dem Stadtplanungsamt

Blatt 4

Irgendwie scheint heute der Tag zu sein, wo Jahrhundertprojekte beschlossen werden. Die Gestaltungssatzung Durlach habe zwar nur 10 Jahre gedauert, aber in Anbetracht der Zeitachsen betrachte er es schon als Jahrhundertprojekt.

Der Fahrradweg Rußweg habe ja noch eine längere Historie. Auch hier bekomme man nun positive Signale, dass man bald, in naher Zukunft, eine durchgängige Radwegeverbindung erhalte, also alles positive Signale.

Die ganzen Projekte, die hier vorgestellt wurden, dringliche Projekte für Durlach, wo man nach Umsetzung, nach Realisierung, wo man auf weitere Fortschritte warte.

Man freue sich auch über die vorgestellten Zeitachsen und werde schauen, ob es gelingen werde, diese einzuhalten.

Er habe zwei Fragen. In der Präsentation, die ihm vorliege wäre der Sport- und Freizeitpark Untere Hub noch mit beinhaltet. Hierüber habe er aber nichts vernommen.

Parallel zum Sport- und Freizeitpark Untere Hub gehe es um das freiwerdende oder geplante Wohngebiet auf dem Gelände der Sportvereine. Er möchte wissen, ob dieses Projekt noch zu perspektivisch wäre, so dass dies noch nicht mitaufgenommen wurde oder warum finde man hierüber nichts in den Unterlagen?

Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner (Stpl.A.) erklärt zur letzten Anmerkung, dass dies wirklich noch zu perspektivisch wäre. Man wolle ja jedes Jahr wiederkommen und benötige auch neue Projekte und neue Aussichten.

Die Untere Hub habe man aus gutem Grund heute nicht vorgestellt, da man aus der ersten Trägerbeteiligung und der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sehr viele Anregungen bekommen habe und deshalb in eine vertiefende Planung einsteige. Genau diese Anregungen werden im Moment geprüft. Das betreffe die verkehrlichen Belange, das betreffe die Verteilung der Stellflächen und betreffe die Verteilung der Sporthallen sowie die Lösung für die Ausgleichsflächen.

Hier habe man heute einen Stand vorstellen müssen, welcher überhaupt nicht aktuell gewesen wäre. Deshalb habe man das kurzfristig herausgenommen. Man werde dies aber gerne zu einem späteren Zeitpunkt vorstellen. Man komme ja mit solchen Projekten regelmäßig in die Sitzung des Ortschaftsrats.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass er immer wieder überrascht wäre, was in Durlach innerhalb eines Jahres bewegt und besprochen werde.

Er habe eine konkrete Nachfrage zum Stadteingang Durlach. Er habe in Erinnerung, dass von Seiten des Stadtplanungsamtes Gedanken zu einer Bebauung vorgestellt wurden. Eine Ersatzfesthalle wäre z. B. ein Thema gewesen und er frage sich, wie die Gedanken des Stadtplanungsamtes hierzu aussehen?

Herr Gerardi (Stpl.A.) erläutert, dass man das in einen größeren Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet gestellt habe, weil man Fördergelder für diese Maßnahmen generieren könne. Es werde dort tatsächlich ein Bau Feld vorgesehen. Man habe dort ein hochwertiges städtisches Grundstück am Stadteingang, welches als Leuchtturmprojekt im Auge behalten werde. Es werde in den Prozess des Sanierungsgebietes terminiert.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: Jahresgespräch mit dem Stadtplanungsamt

Blatt 5

Frau Rosenberg habe hierzu den Zeitplan vorgestellt und im Bebauungsplanverfahren hoffe man ein solches Leuchtturmprojekt zu verwirklichen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) gibt OR Dr. Wagner Recht, dass wenn man diese ganzen Projekte auf einmal sehe, man erst einmal bemerke was alles ansteht und mit was man das Stadtplanungsamt über das ganze Jahr beschäftigt.

Sie bedankt sich beim Team Stadtplanungsamt und meint, dass manchmal ja auch Kritik geäußert werde, aber heute nur Lob komme.

Sie bedankt sich auch dafür, dass man gerne zu den Sitzungen kommt und man informiert werde. Auch wäre sie der Meinung, dass wenn man sich an die vorgestellten Zeitpläne halte, man diese Projekte auch zeitnah abschließen könne.

Sie denke, dass man heute mit TOP 5 und TOP 6 beginnen solle konkrete Beschlüsse zu fassen.

Die habe man dann in der nächsten Präsentation heraus und erledigt.

Sie bittet ihren Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen weiter zu geben, die heute nicht anwesend wären.

- Klopffbeifall -

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2** auf und begrüßt hierzu recht herzlich den Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft, Herrn Kollege Backhaus.

Herrn Backhaus (AfA) bedankt sich zuerst einmal für die Einladung.

Wie jedes Jahr habe auch er aus seinem Amt einen jährlichen Bericht (siehe Anlage Power-Point-Präsentation) zu folgenden Themen

- Anlagenverbund Ost (AVO), Sachstand
- Entsorgungslogistik
- Stadtreinigung und
- Öffentlichkeitsarbeit

mitgebracht.

Am Ende seiner Präsentation erklärt er, dass man durch Plakate und Werbung in digitalen Medien den Bürgern das Thema näher bringen wolle. Man habe im Moment hierzu vor allem die Fahrzeugwerbung in den Fokus genommen.

Auch habe man entsprechende Führungen auf den Wertstoffstationen angeboten und richte Beratungsangebote an verschiedene Zielgruppen, vor allem an junge Einwohner der Stadt.

Er stünde nun für Fragen zur Verfügung.

- Klopfbeifall -

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Backhaus für seinen Vortrag.

Man habe beim Eingang auf der rechten Seite eine digitale Informationstafel, die über Veranstaltungen und ähnliches in Durlach berichte. Es wäre auch eine wichtige Angelegenheit für das Stadtamt, Abfall zu vermeiden. Sie biete ihm deshalb an, hier an zentraler Stelle, am Marktplatz, die Öffentlichkeitsarbeit des Amtes für Abfallwirtschaft zu präsentieren. Man biete das allen städtischen Ämtern an.

Herr Backhaus (AfA) erwidert, dass er das gerne mitnehmen werde.

OR Yesil (Freie Wähler) bedankt sich bei Herrn Backhaus für seinen Vortrag.

Sie geht auf Seite 9 (Infos der Stadtreinigung) seines Vortrages ein und meint, die 800 Abfallbehälter wären ja gesamtstädtisch. Sie möchte wissen, wie viele davon in Durlach aufgestellt wären?

Dann gebe es eine Hundetütenaktion vom Bürgerverein. Nun beschwerten sich die Anwohner darüber, dass die Hundetüten nicht in Abfallbehälter geworfen, sondern auf den Wegen entsorgt werden. Sie wolle wissen, ob hier nicht mehr Abfalleimer aufgestellt werden können?

Herr Backhaus (AfA) entgegnet, dass er die genaue Anzahl der Abfallbehälter in Durlach schuldig bleiben müsse. Diese könne er aber nachliefern.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 2

Zum Hundekot-Tüten-Problem gebe es einen Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1999, dass sich die Stadt an dem Aufstellen von Hundekot-Tüten-Spendern und entsprechenden Abfallbehältern nicht beteiligt.

Er wolle aber an das Projekt vor fünf Jahren erinnern, wo man das Thema eingehend untersucht habe. Seinerzeit wurden entsprechende Bedarfe erhoben.

Das Aufstellen eines Abfallbehälters wäre eine Sache, diese müssen aber auch geleert werden. In der Vergangenheit scheiterte dies wegen der finanziellen Möglichkeiten, die die personellen und maschinellen Ressourcen benötigen. Man habe für diese Maßnahme errechnet, dass eine 1,5 Vollzeitkraft sowie 70 Müllbehälter benötigt werden. Einen einzelnen Behälter aufzustellen wäre kein Problem, man könne aber nicht dem Wunsch aller 7.000 registrierten Hundebesitzer nachkommen, um dies zu verwirklichen.

OR Yesil (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte wissen, ob es also um ein rein finanzielles Problem gehe?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass sie hierzu auch einen Hinweis geben wolle.

Ein Hund suche sich nicht eine Stelle aus, wo ein Mülleimer stehe. Deshalb könne man, glaube sie, so viele Mülleimer aufstellen wie man wolle.

Der Hundebesitzer bekomme nun an vielen Stellen diese Tüten kostenlos zur Verfügung gestellt und müsse diese dann eben auch an einen der nächsten Mülleimer tragen.

Sie halte es für vage so viele Mülleimer aufzustellen. Daran zu arbeiten, dass die Hundebesitzer die Tüte dort hinbringen, wo ein Mülleimer aufgestellt wäre glaube sie, wäre wichtiger.

Sie wendet sich an OR Malisius und meint, er habe doch sicherlich Fragen wegen der Eidechsen?

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Backhaus für seinen Vortrag.

Er habe aber nicht erwähnt, dass neben der Mülldeponie, unterhalb der Nassvergärung ein riesiges Feld mit Kunststoffplatten abgegrenzt wurde. Diese Kunststoffplatten wurden zu ¼ auch in die Erde eingegraben, was ein großer Aufwand gewesen wäre. Ihn interessiere, warum das gemacht wurde und was das gekostet habe?

Herr Backhaus (AfA) äußert, dass er sich hier entschuldigen müsse. Die Antwort aus dem Protokoll der Sitzung des Ortschaftsrats vom 18.09.2019 gehe dem Stadtamt Morgen zu. Hier handle es sich um eine natur- und artenschutzrechtliche Maßnahme, die vom beauftragten Ingenieurbüro durchgeführt werde, bzw. vorgeschlagen wurde. Es gehe um insgesamt 80 Zauneidechsen, die man auf einer Fläche habe, die rekultiviert werden solle. Man komme hier aber erst weiter, wenn die Zauneidechsen weggebracht wurden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 3

Man müsse diese Zauneidechsen von Hand aufgelesen und prüfen, ob durch irgendwelche Erdlöcher oder anderes andere Eidechsen nachkommen. Erst wenn die Fläche komplett frei wäre, könne die Baumaßnahme weitergeführt werden.

Das wäre eine Notwendigkeit, die Kosten, die hier anfallen, müsse er nachliefern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass man ähnliches auch auf dem Campingplatz Durlach habe tun müssen. Herr Dueck könne hierüber berichten.

Sie wolle noch zum Thema anmerken, dass es Einwanderungen aus dem Ausland gegeben habe. Man habe niederländische und italienische Eidechsen gefunden.

Das Thema wäre also nicht neu und wäre in Durlach an mehreren Stellen bekannt.

Herr Backhaus (AfA) informiert, dass Karlsruhe ein Eidechsenland wäre, und dass man diese Tiere im gesamten Stadtgebiet finde.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Backhaus und meint, sie habe ihm in allem folgen können, außer auf Seite 8 seines Berichtes. Dort stehen die Zahlen der Entsorgungslogistik 2018.

Er habe erklärt, in den einzelnen Kategorien die Menge an Tonnen und dann komme noch ein dunkler Balken. Sie habe hierzu die Legende mit drei Angaben (Touren, Mengen in Mg. und Behälter) aber nur zwei Balken. Das überfordere sie.

Sie möchte deshalb wissen, ob der dunkle Balken die Anzahl der Behälter zeige?

Herr Backhaus (AfA) erläutert, dass die Zahl über den Balken die Tourenmenge, der helle Balken die Menge in Megagramm und der dunkle Balken die Behältermenge aufzeige.

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wegen des Biomülls wissen, welche Verwertungsart man hier habe?

Sie wisse aus Böblingen, dass die Abfallbehörde dort die Biotonne rigoros stehen lasse, wenn sich darin Plastik befindet.

Herr Backhaus (AfA) erklärt, dass Böblingen ein entsprechendes Fahrzeug habe, welches ein Detektionssystem habe. Man könne mit diesem Fahrzeug aber nur bedampfte Plastiken und Kunststoffe erkennen, also sprich nur welche mit einer Metallschicht.

Das Fahrzeug habe man auch anschaffen wollen, aber dieses Detektionssystem koste ca. 60.000 Euro und dann fallen noch einmal laufende Kosten von ca. 10.000 Euro an. Deshalb habe man erst einmal Abstand von dieser Anschaffung genommen, da das Fahrzeug nur entsprechende Metalle erkennen könne.

Die Verwertung des Biomülls laufe in entsprechende Vergärungsanlagen. Eine dieser Anlagen stehe in Westheim (Rheinland Pfalz) und eine andere in Flörsheim-Wicker (bei Wiesbaden). Dort bringe man ungefähr die Hälfte der Bioabfallmenge hin.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 4

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass man schon seit vielen Jahren höre, dass der Müll nicht richtig getrennt werde.

Er habe viel Verständnis für die Kommunikationsstrategien, die das Amt für Abfallwirtschaft unternehme, aber er wäre der Meinung, dass man hier ordnungsrechtlicher agieren müsse. Er halte das für schwierig, aber Tatsache wäre, dass Menschen erst reagieren, wenn es wehtue.

Man habe nun über viele Jahre bemerkt, dass dieser Weg nicht zum Erfolg führe. Wäre man da nicht der Meinung, dass es den Aufwand lohnt, dass im Einzelfall Nachweise erbracht werden müssen, wenn der Müll falsch getrennt werde?

Dann müsse eben der Müll stehen gelassen werden oder man müsse andere ordnungsrechtliche Maßnahmen ergreifen. Er denke so etwas würde sich schnell herumsprechen, wenn Jemand eine Strafe dafür bekäme, dass er seinen Müll falsch trennt. Er denke das habe einen größeren Effekt, als diese Kommunikationsstrategie.

Herr Backhaus (AfA) meint, falsches Verhalten zu ahnden wäre eine tolle Geschichte. Man benötige aber hierzu Durchführungsmöglichkeiten, also Ressourcen hierfür.

Man wäre aber ein rein operatives Amt ohne großen ordnungsrechtlichen Zweig und habe einfach zu wenig Personal. Das Personal müsse ordnungsrechtlich geschult sein, was natürlich auch Kosten verursache.

Eine Ahndung wäre auch jetzt schon über die Abfallentsorgungssatzung möglich, denn hier gehe es ja um eine Ordnungswidrigkeit. Man wäre im Moment dabei die Strukturen innerhalb der Organisation so zu verändern, dass man sich künftig stärker mit solchen Problemen auseinandersetzen werde. Das Amt für Abfallwirtschaft werde einen neuen Bereich einführen, welcher Service- und Qualitätsmanagement benannt werde. Er verspreche, dass man mit diesem Bereich letztendlich die Anschluss-Stellen stärker kontrollieren werde.

Das große Problem habe man aber mit dem Anschlussnehmer, welcher auch Grundstücksbesitzer wäre. Man könne sich vorstellen, dass das bei einem Ein- und Zweifamilienhaus relativ einfach wäre. Den Verursacher einer Fehlbefüllung zu identifizieren wäre keine große Schwierigkeit.

Habe man aber eine große Wohnanlage mit hunderten von Wohnungen, werde es schwierig einen Verursacher zu identifizieren. Man könne auch hiergegen vorgehen, in dem man dem Grundstückseigentümer eine entsprechende Rechnung stelle. Nur das verpuffe, da der Verursacher weiter in der Anonymität verbleibe.

In Pforzheim wäre der Mieter der Anschlussnehmer, weshalb man hier einfacher durchzugreifen könne.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, wie oft an der Mülldeponie Ost das Sickerwasser abgefahren werde und ob Herr Backhaus eine Aussage bezüglich der toxischen Belastung dieses Sickerwasser machen könne? Er denke dieses liege nicht unbedingt bei Trinkwasserqualität.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 5

Herr Backhaus (AfA) entgegnet, dass er sich auf diese spezielle Frage hätte vorbereiten müssen. Das Sickerwasser werde nach Bedarf abgefahren, das wäre witterungsabhängig. Regne es mehr, müsse es häufig abgefahren werden, bei Trockenheit entsprechend weniger.

Das Sickerwasser werde überprüft. Ihm wäre aber nicht bekannt, dass man hier spezielle Ausschläge bei irgendwelchen Bestandteilen oder Spurenelementen habe. Wenn OR Köster darüber exakte Werte haben möchte, müsse er diese nachliefern

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass sie die Abfall-Hierarchie folgendermaßen kenne: man solle versuchen Abfall zu vermeiden, diesen wieder verwenden und dann versuchen zu recyceln.

Zu allen drei Themen habe sie eine Frage. Sie möchte wissen, was man mit Firmen und Unternehmen tue, um an der Abfallvermeidung zu arbeiten? Man habe viel zur Kommunikation mit dem Endverbraucher gehört, sie möchte aber wissen, wie es mit der anderen Seite aussehe? Außerdem interessiere sie sich für das Wiederverwerten. Wie engagiert wäre hier das Amt für Abfallwirtschaft? Gebe es hier einen Ansprechpartner?

Dann wolle sie noch wissen wie hoch die Recycling-Quote der Wertstoff-Tonne wäre? Was könne mit diesem Müll noch gemacht werden?

Auch habe sie mit Verwunderung entnommen, dass das Amt für Abfallwirtschaft für die Wildkräuter-Entsorgung zuständig wäre. Sie möchte wissen, wie dies gemacht werde, ob man hier mit der Hacke unterwegs wäre oder mit Glyphosat arbeite?

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass man schon vor 25 Jahren eine Selbstverpflichtung unterschrieben habe, dass kein Glyphosat verwendet werde. Man beseitige alles Wildkraut, soweit es eine Stolperfalle darstellt, mechanisch.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bemerkt, dass sie hierzu ergänzend etwas sagen wolle. Bei den Friedhöfen führe man mehr und mehr die Diskussion, ob dies noch mit vorhandenem Personal geschafft werde. Es müssen auf der anderen Seite auch Standards geändert werden.

Man wäre in den Abteilungen Gartenbau und Friedhof dabei zu prüfen, ob man hierfür die richtige Personalbemessung habe, da sich die Art zu arbeiten über die Jahre hinweg deutlich verändert habe.

Herr Backhaus (AfA) erklärt zur Abfallvermeidung von Unternehmen weiter, dass man ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger wäre. Das Hauptgeschäft liege in den Privathaushalten. In Randbereichen z. B. bei Friseuren oder Versicherungsagenten entsorge man auch den Restmüll, das wäre im Rahmen der Satzung möglich.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, sie habe dabei z. B. an Kaffeebecher, etc. gedacht. Sie wolle wissen, ob dieser „auf dem Mist“ des Amtes für Abfallwirtschaft gewachsen wäre?

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 6

Herr Backhaus (AfA) antwortet, der Kaffeebecher wäre nicht persönlich „auf seinem Mist“ gewachsen. Dieser wäre schon hier gewesen, bevor er gekommen wäre.

Wegen dieser ganzen Kaffee-to-go-Becher müsse geschaut werden, wie man das in der Öffentlichkeit hinbekommt und wäre auf die Akzeptanz der Bürger angewiesen.

Man wäre aber auch auf die Mitarbeit der Geschäfte angewiesen, die diese Becher verkaufen und da liege die Problematik. Das stelle einen zusätzlichen Kostenfaktor für die betroffenen Unternehmen dar. Die Bereitschaft an einem solchen System mitzumachen wäre deshalb nicht hoch.

Es werde aber auch ein großer Wert auf Freiwilligkeit gelegt. Zwang solle wirklich als letztes Mittel eingesetzt werden. Im Großen und Ganzen benötige man von allen Beteiligten den Willen, hier mitmachen zu wollen.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) äußert, dass er zwei Themen habe, die ihn interessieren.

Das eine wäre das Entfernen von Wildplakatierung und –schmierereien auf öffentlichen Gebäuden oder Elektromasten. Er wolle wissen, wer dies bezahlt, wenn z. B. politische Schmierereien oder Aufkleber aufgebracht werden?

Zum Thema Reinigung nach Sperrmüll-Terminen wolle er anmerken, dass man immer dann wenn diese Termine stattgefunden haben, auf gewissen Parkplätzen am Waldrand größere Mengen von aussortierten Sachen finde.

Wie werde damit umgegangen und wer haftbar gemacht?

Herr Backhaus (AfA) erklärt, dass man hier viele Leute haftbar machen möchte. Allerdings verschwinden diese in der Anonymität.

Man entsorge diesen Müll oder die Hassbotschaften.

Der Verursacher müsse erst einmal gefunden werden. Man erstatte Anzeige gegen Unbekannt. Er möchte es einmal so ausdrücken: „außer Spesen nichts gewesen“.

Mehr könne er hierzu nicht sagen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) möchte wissen, wer die Kommunikationsmotive für das Amt für Abfallwirtschaft erstellt? Er finde sie nicht wirklich ansprechend und schlägt vor, hier einen Wettbewerb mit der Hochschule für Gestaltung zu initiieren. Er finde es wäre auch eine gute Idee, die Bevölkerung miteinzubinden.

Herr Backhaus (AfA) berichtet, dass dieser Vorschlag schon im letzten Jahr vom Ortschaftsrat vorgebracht wurde. Man habe diesen Vorschlag aufgenommen.

Der Vertrag mit der derzeitigen Firma laufe noch bis zum Ende dieses Jahres. In 2020 werde man das Konzept überarbeiten.

Allerdings dürfe man nicht vergessen, dass die größte angesprochene Altersgruppe, die man mit der Werbung erreichen wolle, im Alter zwischen 12 und 29 Jahren liege.

Deshalb habe man diese Sache cartoon-mäßig aufgezo-gen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Jährlicher Bericht zur Durlacher Abfallwirtschaft

Blatt 7

Man habe aber die Hinweise aufgenommen und im nächsten Jahr werde man versuchen mit frischen Motiven die sich auch entsprechend von der Cartoon-Gestaltung unterscheiden, zu werben. Man werde sich also bemühen.

OR Ginder (DIE LINKE) bedankt sich für die Zahlen.

Auch die Zahlen der Vorjahre wären wirklich interessant und es wäre gut zu wissen, in welche Richtung die Entwicklung gehe.

Sie möchte wissen, ob man hierzu noch eine grobe Verteilung haben könne, wieviel auf private Haushalte und wieviel auf Büros oder gewerbliche Müllentsorgung entfalle?

Dann spricht sie an, dass früher die Wochenenddienste fremd vergeben wurden.

Sie finde es gut, dass dies wieder von der Stadt übernommen werde und möchte gerne wissen, ob er kurz erwähnen könne, warum diese damals fremd vergeben wurden und wie sich die Kosten jetzt gestalten.

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass die Kosten auf der Folie angegeben wurden. Diese belaufen sich auf 18.000 Euro (Power-Point-Präsentation S. 10). Man habe seinerzeit diese Arbeiten außer Haus gegeben, weil man dafür keine Ressourcen hatte, um es selbst zu machen.

Wegen des Müllanteils könne er sagen, dass man ca. 90/95 % Müll aus Privathaushalten und ca. 5 % Müll von Gewerbebetrieben habe.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) möchte noch kurz zur Frage wegen der Kaffeebecher anmerken, dass jeder der gewerbliche Verpackung in Umlauf bringt, diese auch im Rahmen der Verpackungsverordnung (2019) entsorgen müsse. Hierzu müsse jeder gewerbliche Betrieb an ein duales System angeschlossen sein.

Die Höhe des Betrages werde über die Verpackungsmenge, die in Umlauf gebracht werde, ausgerechnet. Man bezahle dies direkt über den Großhändler, von dem die Verpackung bezogen werde.

So sollen die verwertbaren Stoffe im dualen System erhöht werden. Gewerblicher Abfall werde meistens auch von einem gewerblichen Entsorger abgeholt. Das AfA dürfe z. B. kein Bioabfall abholen. Dieser müsse durch einen externen Dienstleister entsorgt werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

Sie bedankt sich bei Herrn Backhaus und bittet herzliche Grüße an die Kollegen und Kolleginnen auszurichten. Auch bedanke sie sich herzlich für die vielseitige Unterstützung über das ganze Jahr, wie z. B. beim Altstadtfest, Fastnachtsumzug, etc. Man sehe die Kollegen oft genug in Durlach.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,**

Protokoll zu

**TOP 3: Entwicklung von Naturbestattungsbereichen am Bergfriedhof
Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3** auf und begrüßt hierzu den Leiter des Friedhof- und Bestattungsamtes Herr Vogel.

Sie teilt mit, dass auch Frau Stehli, die Abteilungsleiterin der Abteilung Friedhof hier im Stadtamt Durlach anwesend wäre. Sie bittet Frau Stehli sich kurz von ihrem Platz zu erheben, damit man sie sehen könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) übergibt den Vorsitz an Ortschaftsrat Martin Pötzsche (1. stellvertretender Ortsvorsteher).

Herr Vogel (FBA) begrüßt die Anwesenden und meint er werde das Thema möglichst kurz schildern.

Es wurde im letzten Jahr ein Antrag gestellt, wie man Wünsche der Bürgerschaft in Durlach und Aue, insbesondere nach natürlichen Beisetzungsmöglichkeiten befriedigen könne. Im Zuge dessen wurde auch angefragt, ob Baumbestattungen in Karlsruhe möglich wären, damit Bürgerinnen und Bürger dies nicht außerhalb Karlsruhers suchen müssen.

Er zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) die Entwicklung von solchen Bereichen am Bergfriedhof Durlach auf.

Am Ende seines Beitrags erklärt er, dass er nun für Fragen zur Verfügung stehe.

- Klopfbeifall -

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich bei Herrn Vogel für seine Ausführungen und meint, dass dies ein tolles Projekt für den Bergfriedhof wäre.

Deshalb sei es ihm auch wichtig gewesen, dass dies im Ortschaftsrat vorgestellt werde. Man habe hier recht aktive Friedhofspfleger und Friedhofspflegerinnen, die von diesem Projekt leider erst aus der Presse erfahren haben.

Nun wolle er wissen, ab wann die ersten Urnengräber dort zur Verfügung stehen?

Herr Vogel (FBA) entgegnet, dass mit den ersten Belegungen in den nächsten Wochen begonnen werden könne, also noch in diesem Jahr.

Man wolle gerne noch die ersten Pflanzungen aufbringen, denke aber, dass ab Dezember mit Belegungen begonnen werden könne. Natürlich auch im Vorkauf, d. h. im Vorgriff ohne konkreten Bestattungsfall habe man die Möglichkeit eine solche Grabstätte käuflich zu erwerben oder zu reservieren.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) möchte wissen, ob aktuell auch zwischen Durlach und Hohenwettersbach die Möglichkeit bestehe, dass Waldgräber angelegt werden oder ersetze nun diese schöne Anlage auf dem Durlacher Bergfriedhof diese Gedanken?

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,**

Protokoll zu

**TOP 3: Entwicklung von Naturbestattungsbereichen am Bergfriedhof
Durlach**

Blatt 2

Herr Vogel (FBA) äußert, dass das noch aktuell wäre, jedoch noch weitere Entwicklungsstufen benötige.

Wenn man außerhalb von Friedhöfen Gräber anlege, müsse man zunächst erst einmal einen Friedhof anlegen, also einen Friedhof widmen. Da wäre man dabei und das werde auch weiter verfolgt und werde als Ergänzung zum Friedhof in Durlach bereitgestellt.

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und erlaubt sich anzumerken, dass der bauliche Zustand der Kapelle am Bergfriedhof oder am Friedhof Aue Schäden aufweist. Am Friedhof Aue regne es z. B. schon in das Gebäude.

Er wolle wissen, welche Planungen hier vorgesehen werden, um mit diesen Mängeln umzugehen?

Herr Vogel (FBA) erklärt, dass man diese baulichen Anlagen nicht so sehe, dass diese nur in die Welt gesetzt werden. Denn dann gehe es erst richtig los mit der Pflege, dem Aufwand oder Folgeaufwand. Wobei man sagen müsse, dass die Friedhofskapelle in Durlach wesentlich älter wäre, wie das Gebäude in Aue.

Beide Gebäude weisen gewisse Schäden auf, der Zahn der Zeit gehe hier nicht spurlos vorüber.

Ganz konkret habe man in Aue eine Situation, dass Wasser in das Flachdach eindringt. Man wolle mit der Erhaltung des Gebäudes schnell vorwärts kommen und den Schaden beseitigen. Darüber hinaus wäre man zusammen mit dem Stadtamt Durlach dabei, an beiden Gebäuden eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Es müsse geschaut werden, was in den nächsten Jahren getan werden müsse, damit der Zustand, bzw. die Substanz der Gebäude erhalten bleibe.

Ortsvorsteherin Alexandra Ries möchte ergänzend hinzufügen, dass ein Schriftstück an das Friedhof- und Bestattungsamt unterwegs wäre, in dem stehe, dass man dringenden Handlungsbedarf insbesondere beim Bergfriedhof, in der Kapelle sehe. Hier handle es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude welches sicher erhalten werden solle. Herr Dueck wäre schon vor Ort gewesen, man müsse aber auch begleitend die Denkmalschutzbehörde miteinbeziehen.

Sie finde es gut, dass dies Herr Vogel heute bestätigt habe.

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich bei Herrn Vogel, wünscht ihm noch einen schönen Restabend und meint, der Ortschaftsrat freue sich darüber, dass sich hier etwas tut.

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) übergibt den Vorsitz zurück an Ortsvorsteherin Alexandra Ries.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4** auf.

Hierzu begrüßt sie Herrn Hacker, den Leiter des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz sowie seine Mitarbeiterin, Frau Bregulla.

Herr Hacker (UA) erklärt, dass er keinen langen Vortrag halten wolle. Man habe in der Vorlage schon alles Wesentliche dargestellt.

Zur Einführung möchte er mitteilen, dass der Verwaltungsgerichtshof Mannheim zu den Lärmaktionsplänen 2017 Recht gesprochen habe.

Man habe erkannt, dass auch Lärm zwischen 55 und 60 dB in der Nacht bzw. 65 und 70 dB am Tag gesundheitsschädlich sein könne. Er habe weiter festgestellt, dass Lärmaktionspläne, die von den Gemeinden in eigener Zuständigkeit aufgestellt werden, eine hohe Bindungswirkung haben.

Gerade die Maßnahme Tempolimit wäre in jeder Kommune als kritischer Punkt gesehen worden. Man habe nur ein Tempolimit aussprechen dürfen, wenn der Lärmwert in der Nacht die 60 dB überschreite, denn erst ab dann entstehe eine hohe Betroffenheit der Anwohner.

Zudem wäre dann in jedem Einzelfall das Einvernehmen der höheren Straßenverkehrsbehörde erforderlich gewesen. Jetzt könne man, dank dieses Urteils, unter 60 dB (zw. 55 dB und 60 dB nachts) selbst solche Pläne aufstellen.

Zudem müsse man auch nicht mehr die höhere Straßenverkehrsbehörde um Einvernehmen bitten. Man kläre das mit der Unteren Straßenbehörde, sprich unserem Ordnungsamt, direkt ab. So habe man die Möglichkeit, solche Straßenabschnitte selbst festzulegen. Voraussetzung für das Gericht wäre, dass die Kommune einen förmlichen Lärmaktionsplan-Beschluss fasst.

Man habe dann gesagt, dass man einen Lärmaktionsplan am Laufen habe, der erst in 2023 neu gefasst werden solle. Man wolle aber diese Option, die dieses Urteil gegeben habe nutzen, weil man festgestellt habe, ansonsten die berechtigten Wünsche aus der Bevölkerung, mangels dieser Formerfordernisse, nicht erfüllen zu können.

Man habe ein Screening über die gesamte Stadt gemacht. Für Durlach wären letztendlich zwei Straßenabschnitte herausgekommen. Das wäre zum einen die B3 am Tag. Hier bestehen ja schon einige Abschnitte mit Tempo 30 in der Nacht.

Auf vielfachen Wunsch aus der Bevölkerung wäre man auch in der Rittnertstraße aktiv geworden. Man habe dort auch eine Möglichkeit gefunden, allerdings nur in der Nacht, da die entsprechenden Lärmwerte am Tag nicht überschritten wurden.

Man „tingle“ im Moment mit dieser Vorlage durch die Ortschaften und habe die Hoffnung, eine Zustimmung zu bekommen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 2

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Hacker und bei Frau Bregulla, dass sie den Kooperationserlass angenommen, sofort an die Arbeit gegangen und die Lärmaktionsplanung weitergeschrieben haben.

Im Prinzip finde man das sehr gut. Herr Hacker habe die Rittnertstraße angesprochen, die in Durlach seit langem Thema wäre. Weil die Lärmbelästigung dort so hoch wäre, habe sich die Bevölkerung schon an das Umweltamt gewendet und auch sie habe bezüglich der Fortschreibung des Lärmaktionsplans mit Frau Bregulla telefoniert.

Man wäre enttäuscht, dass diese Geschwindigkeitsbeschränkung nur bis zur Dürrbachstraße vorgesehen werde. So ganz nachvollziehen könne man das nicht. Sie habe das Gefühl, dass man hier immer noch Angst davor habe, vom Regierungspräsidium Ermessensfehler vorgeworfen zu bekommen.

Ihres Erachtens könne man jedoch die Geschwindigkeitsbeschränkung bis zur Straße „In der Tasch“, also über die komplette Rittnertstraße verlängern, ohne einen Ermessensfehler zu begehen.

Im Beitrag wurde angesprochen, dass die untere Grenze bei 55 dB (nachts) liege. Sie habe deshalb mit dem Verkehrsministerium telefoniert und habe sich auch noch einmal das VGH Urteil (Verwaltungsgerichtshof) zur Lärmaktionsplanung angeschaut. Im Kooperationserlass wäre es mit Absicht so formuliert: „insbesondere Werte über 55 und 65 dB“, das heiße aber nicht ausschließlich.

Auch finde man im VGH Urteil darüber keine klare Aussage.

Die einzige klare Grenze, die genannt werde, wären die Werte in der 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung) als untere Tatbestandsvoraussetzung.

Für die Rittnertstraße liege diese (man befinde sich hier in einem allgemeinen Wohngebiet) bei 49 dB(A) in der Nacht und bei 59 dB(A) am Tag.

Man habe hier viele betroffene Bürger.

Sie kenne nur die Lärmkartierungswerte. Die RLS-90 Werte (Richtlinien für Lärmschutz an Straßen) kenne sie nicht. Die Anzahl der Betroffenen sollte sich aber nicht wesentlich ändern, wenn die RLS-90 Werte betrachtet werden, da diese nachts mit den Werten der Lärmkartierung vergleichbar seien.

Sie habe das damals zum Anlass genommen um zu schauen, was als Kriterium dagegen spricht, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung bis zur Dürrbachstraße vorgesehen werde.

Hier gebe es ja unterschiedliche Kriterien, die geprüft werden müssen. Zum Beispiel die Ortsüblichkeit, man befinde sich in einem allgemeinen Wohngebiet, die Lautstärke die man habe wäre nicht unbedingt als ortsüblich für diese Art von Gebiet zu nehmen. Als Weiteres werde auch die Verkehrsfunktion geprüft.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 3

Herr Hacker habe ja gesagt, dass die Temporeduzierung auf 30 km/h nur in der Nacht vorgesehen werde. Im VGH Urteil habe man einen ähnlichen Fall. Hier trete die Verkehrsbedeutung hinter den Lärmschutz der Anwohner zurück. Die Bedeutung der Nachtruhe steige im Hinblick auf die starke Dauerbelastung am Tag, d. h. gerade weil am Tag schon eine hohe Belastung vorliege, solle geschaut werden, dass die Bewohner wenigstens in der Nacht einigermaßen zur Ruhe kommen.

Die 16. BImSchV habe sie ja schon erwähnt. Sie wolle noch einmal darauf hinweisen, da es im VGH Urteil heiße: „Werden diese Werte überschritten, haben die Lärmbetroffenen regelmäßig einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidungen über eine verkehrsbeschränkende Maßnahme.“

Sie denke man habe das Ermessen auf der gesamten Rittnertstraße ausgeübt und sie würde sich freuen, könne sie die Ermessensausübung hierfür einsehen.

Sie kenne keine baulichen Maßnahmen, die dafür vorgesehen werden, d.h. das wäre auch keine alternative Möglichkeit.

Das Kriterium „ÖPNV“ spiele hier auch keine Rolle, da der ÖPNV durch die Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem ersten Teil der Rittnertstraße bereits Probleme bekommt seinen Fahrplan einzuhalten. Das Umweltamt habe dem ÖPNV zugesagt, gemeinsam nach Beschleunigungsmaßnahmen zu suchen.

Das Kriterium „Leichtigkeit des Verkehrs“ finde nach dem Kooperationserlass nur Beachtung wenn der Zeitverlust über 30 Sekunden liege. Dies wäre hier nicht der Fall, denn der Zeitverlust für die 500 m liege bei 24 Sekunden. Erst ab 30 Sekunden solle die Leichtigkeit des Verkehrs miteinbezogen werden.

Die Luftreinhaltung spiele in der Rittnertstraße ebenfalls keine Rolle.

Dann habe sie noch zwei Argumente, die auch für eine Geschwindigkeitsbeschränkung in diesem Bereich sprechen.

Das wäre zum einen der Lückenschluss. Man habe ab „In der Tasche“ wieder Tempo 30 auswärts für ein kurzes Stück, d.h. man habe in der Rittnertstraße noch Tempo 50 auf ca. 500 m, wenn die Beschränkung bis zur Dürrbachstraße umgesetzt ist.

Sie wisse im Kooperationserlass wäre ein Lückenschluss bis 300 m vorgesehen, aber sie denke es gebe auch für die Ausweitung dieses Lückenschlusses einen gewissen Ermessensspielraum.

Sie wäre sich sicher, dass es viele Betroffene kurz unterhalb der 55 dB(A) in der Nacht gebe.

Außerdem habe man auch noch das Kriterium, des Fuß- und Radverkehrs.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 4

Sie wisse nicht wie gut Herr Hacker die Rittnertstraße kenne, aber diese wäre eine sehr kurvige Straße. Sie wäre relativ eng und nicht für diese Verkehrslast gebaut, die sie momentan trage.

Es gebe keine eingezeichneten Radverkehrswege und kaum Fußgängerüberwege. Reduziere man nun die Geschwindigkeit auf 30 km/h, habe man auch eine erhöhte Verkehrssicherheit, und das wäre ein sehr großes Argument, welches für die Geschwindigkeitsbeschränkung spreche.

Diese Kriterien habe sie sich angeschaut. Sie denke, dass diese Beurteilung sicherlich nicht abschließend sei.

Sie finde jedoch es spreche viel dafür, sich darüber noch einmal Gedanken zu machen, gerade weil die 55 dB(A) bei Nacht und die 65 dB(A) am Tag keine strikte Grenze wären. Diese habe man im Lärmschutz nicht und sie wolle das Umweltamt deshalb noch einmal darum bitten, die Maßnahme Tempo 30 für die komplette Rittnertstraße in den Lärmaktionsplan mitaufzunehmen.

Das einzige was passieren könne wäre, dass das Regierungspräsidium irgendwo einen Ermessensfehler findet und deshalb diesen Teil nicht mittragen könne.

Dann könne sich das Umweltamt aber nichts vorwerfen und könne auch nichts dafür, dass die Leute in der Rittnertstraße weiterhin schlaflose Nächte haben.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, das wäre ein guter Vorschlag.

Herr Hacker (UA) meint, man werde Verständnis dafür haben, dass er dazu spontan wenig sagen könne. Dazu müsse er sich den juristischen Beistand vom Zentralen Juristischen Dienst einholen, d.h. man werde diesen Hinweis aufgreifen und prüfen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) teilt mit, dass man diesen Teil des Protokolls vorziehen und schnellstmöglich an Herrn Hacker weiterleiten werde.

OR Bruker (AfD) bedankt sich für die Ausführungen.

Er wäre Physiker von Beruf und wenn er eine Tabelle mit Messwerten sehe, die alle im Bereich zwischen 65 und 71 dB, an ganz unterschiedlichen Orten verteilt, über das gesamte Stadtgebiet liegen, dann frage er sich als erstes, wie gemessen wurde?

Man wisse über die Messungen von Stickoxiden, dass es hierbei große Unterschiede in Deutschland gebe. Einmal stehen die Messgeräte direkt an einer Kreuzung und ein anderes Mal stehen diese 20 m weg. Es gebe hierzu keine einheitlichen Mess-Vorschriften.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 5

Deshalb wolle er wissen, wie einheitlich solche Messvorschriften für Lärmmessungen wären? Habe man hier Höchstwerte angegeben, wenn bei Nacht um vier Uhr ein Motorrad fahre, oder wären das zeitlich gemittelte Werte? Ihm sagen diese Zahlen, so wie sie hier stehen, erst einmal nichts.

Er möchte wissen, ob Herr Hacker hierzu etwas sagen könne?

Herr Hacker (UA) antwortet, dass man zunächst einmal selbst nicht messe.

Messungen werden vor Gerichten nicht anerkannt. Das einzige was die Richter anerkennen wären Berechnungen. Diese Berechnungen werden detailliert vorgegeben. Es gebe die RLS-90 als nationale Rechenvorschrift für den Straßenverkehr und man habe die VBUS 3 (Vorläufige Berechnungsmethode für den Umgebungslärm an Straßen) auf der EU Umgebungslärmrichtlinie, die man anzuwenden habe. Das wäre die Basis auf der man arbeite. Diese wäre rechtlich verbindlich vorgeschrieben. Ausgangspunkt hierfür wären die Parameter der Umgebung (Straßenbelastung, verkehrliche Belastung, Zustand der Straßen, Zustand der Umgebung, Bauweisen und ähnliches).

Es gebe also eine Fülle von Parametern, die in diesen Berechnungen zu berücksichtigen wären und man habe eine standardisierte Herangehensweise. Man habe schon von anderen Fällen gehört, dass dort Messungen vor Gericht vorgeführt wurden, um irgendwelche Ansprüche geltend zu machen. Diese werden vom Gericht schlicht und einfach ignoriert.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) äußert, dass sich auch bei ihm viele Anwohner gemeldet haben, um mitzuteilen, dass die Geschwindigkeitsreduzierung in der Rittnertstraße über die Dürrbachstraße hinaus erfolgen solle.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) meint er habe keine Frage an Herrn Hacker.

Man habe eine E-Mail von den VBK zum Thema Einrichtung einer Tempo 30 Zone vom 10.09. erhalten. Man wolle dieser Einrichtung auch zustimmen.

Er wolle nun ansprechen, dass der Schlenker zur Straße des Roten Kreuzes bei der Buslinie 24 entfalle, wenn dort Tempo 30 eingerichtet werde, weil anscheinend kein Puffer im Fahrplan vorhanden wäre.

Damit isoliere man aber den Bergwald und die Bewohner müssten laufen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bemerkt, dass man doch jetzt bei der Rittnertstraße wäre.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 6

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob dass dann zu TOP 4.1 gehöre?

Die Rittnertstraße wäre wegen der Buslinie 23 auch davon betroffen.

In der Stellungnahme stehe geschrieben, dass man deshalb Anschlüsse verpasse. Sie wollen deshalb teilweise Busse einstellen oder sie schreiben, dass sie deshalb Mehrkosten haben.

Man wäre für diesen Lärmaktionsplan, denn dieser wäre wichtig. Man wolle aber nicht, dass darunter der ÖPNV leide. Da müsse die VBK die „Kröte“ schlucken, und mehr Busse einsetzen, die Taktung oder das Gesamtkonzept für die Bergdörfer und den Bergwald ändern und verbessern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass dies stimme und eine Folge der Umsetzung wäre. Sie glaube, dass man nur aufgrund der Aussage der Verkehrsbetriebe jetzt nicht den Lärmschutz abwägen könne.

Das wären erst einmal Aussagen, die sie fast schon für eine Drohung halte. Man benötige eben einen Bus mehr, das müsse einem im politischen Raum klar sein.

Um den Bergwald müsse man sich sicher noch einmal gesondert kümmern.

OR Dr. Noè (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass er auch die Buslinie 23 auf dem Schirm gehabt habe. Man sehe ja schon beim Verkehrsversuch in der Dürrbachstraße, dass die Busse sich massiv verspäten. Wenn man hier an den Schraubchen für weitere Maßnahmen drehe, müsse sichergestellt werden, dass der ÖPNV nach wie vor zuverlässig fahre.

Er wäre selbstverständlich für den Lärmaktionsplan, aber ihm fehle hierbei die Stellungnahme der VBK. Diese habe er zufällig auf der Internetseite des Gemeinderates gefunden aber bei dieser Vorlage wäre sie nicht dabei.

Das dürfe aber nicht aus dem Blick verloren werden.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-fraktion) bedankt sich bei Herrn Hacker für den Vortrag und bei OR Ricken für die ausführliche technische Darstellung.

Sie habe eigentlich für die Freien Wähler all das angesprochen, was man habe sagen wollen. Man habe den politischen Willen vor der letzten Legislaturperiode getroffen, dass man in Durlach allgemein Tempo 30 haben wolle.

Er wolle diesen Willen nun äußern und wäre der Meinung, dass man es nun auch umsetzen solle.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 7

Er akzeptiere, dass man schon in vielen Bereichen Tempo 30 habe, aber letztendlich wäre es sein Ziel, auch in der kompletten Rittnertstraße ganzflächig, ganztätig Tempo 30 einzuführen. Darum wolle er jetzt auch nicht mäkeln, dass man nur einen Teil bekommt. Er wäre aber erst zufrieden, wenn man es komplett umsetzen werde.

Das zweite Ziel wäre, dass man dafür sorgen müsse, dass die ÖPNV-Anbindungen klappen. Das wäre politischer Wille, dies umzusetzen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) berichtet, dass es wichtig wäre dies anzusprechen. Sie spricht OR Köster an und bittet ihn, ihr zu helfen. Sie wisse, dass es vor vielen Jahren einen interfraktionellen Antrag aus diesem Gremium zu diesem Thema gegeben habe.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) äußert, dass er glaube, dass dies gefühlte 20 Jahre her wäre.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) berichtet weiter, also vor ca. 20 Jahren habe es einen interfraktionellen Antrag gegeben, Durlach zu einer kompletten Zone 30 zu machen.

Man wäre also schon immer der Zeit voraus. Es wäre sicherlich ein großer Wunsch von allen, man müsse aber auch verstehen, dass Herr Hacker und sein Amt, an gewisse rechtliche Rahmenbedingungen gebunden wäre. Das eine wäre was man sich wünsche und das andere was rechtlich zulässig wäre.

Sie finde es lobenswert, wie OR Ricken dies aufgeschlüsselt und aufgearbeitet habe. Das wäre wichtig und Herr Hacker nehme es als Prüfauftrag mit. Sie glaube es wäre wichtig, hier noch einmal ernsthaft zu prüfen, ob die Möglichkeit bestünde, dass es für die Rittnertstraße eine bessere Lösung gebe?

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) erklärt, er wäre bereit Einzelpunkte herauszugreifen.

Man müsse auf die ausführliche Arbeit von Frau Ricken aufbauen. Auch müsse man sich die Frage stellen, was so ein Lärmaktionsplan noch für eine rechtliche Bindungswirkung habe, wenn man feststellt, dass dieser Lärmaktionsplan von 2016 noch nicht einmal im Ansatz umgesetzt wäre, insbesondere in Durlach.

Man habe diese Beispiele ja aufgeführt und könne einen solchen Lärmaktionsplan, der nicht einmal ansatzweise umgesetzt wäre, auch nicht bis zum Jahr 2023 fortschreiben. Denn es wäre ja völlig klar, dass man in eine Fortschreibung, die Auswirkungen der bisher umgesetzten Maßnahmen, miteinbeziehen müsse.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 8

Er gehe deshalb davon aus, dass wenn dies weiter so rudimentär fortgeführt werde, ein zukünftiger Lärmaktionsplan, und das fürchte sicherlich die Stadt Karlsruhe genau so, vor Gericht nicht standhalten werde, weil schlicht und einfach die richtigen Grundlagen fehlen, um fortzuführen, was bisher erreicht wurde.

Von daher sehe er es auch nicht als großen Kostenfaktor, oder als sonstigen Hinderungsgrund, dass man jetzt diese Aktionen, die man schon in 2016 beschlossen habe, dass diese verwirklicht werden.

Er verstehe es nach wie vor nicht, was es für Hindernisse bereite, einige wenige teurere Maßnahmen zu erledigen oder umzusetzen. Seine Fraktion habe sich für die kommenden fünf Jahre zum Ziel gesetzt, überall dort, wo man feststellt, dass es bei der Verwaltung rational zu nicht erklärbaren Verzögerungen kommt, darauf hinzuweisen.

Für seine Fraktion wäre es eine nicht rational erklärbare Verzögerung, warum die für Durlach vorgesehenen und in 2016 entschiedenen Maßnahmen, bis jetzt Ende 2019 nicht umgesetzt wurden?

Unabhängig davon fürchte er, dass man mit dieser rudimentären Umsetzung auch keine rechtmäßige Fortschreibung hinbekommt.

Er möchte dies Herrn Hacker für eine Stellungnahme mitgeben.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) spricht an, dass der Kollege von der FDP erwähnt habe, dass er der Ansicht wäre, dass die Verkehrsprobleme in der Rittnertstraße mit dem gerade laufenden Verkehrsversuch zu tun haben. Solch ein fataler Irrtum wäre hier schon einmal passiert.

Das liege länger als 17 Jahre zurück. Man habe einen Verkehrsversuch unten in der Rittnertstraße durchgeführt und kam zu dem Ergebnis, dass das Wegnehmen einer Abbiegespur auf der anderen Straßenseite nicht möglich wäre, weil in der Rittnertstraße dann große Staus entstehen.

Diesen Verkehrsversuch habe man aber genau zu dem Zeitpunkt durchgeführt, als die Straße zwischen Wolfartsweier und Grünwettersbach gesperrt war. Das hatte aber zur Folge, dass sich der Verkehr in dieser Straße zu dieser Zeit verdoppelte.

Im Moment wäre es so, dass es auf der Autobahn A8 eine Baustelle gebe, kurz vor dem Karlsruher Kreuz und diese verursache jeden Tag große Rückstaus in Richtung Pforzheim. Die Rittnertstraße diene als Ausweichstrecke oder Umleitungsstrecke. Insofern wäre es jetzt gerade unglücklich, dass man diesen Verkehrsversuch durchführt. Seiner Meinung nach werde hier deshalb ein falscher Schluss gezogen.

Demjenigen, der sich dieser Brief der VBK zu Herzen nimmt wolle er mitteilen, dass man sich einmal einen Taschenrechner nehmen und ausrechnen solle, wie viele Sekunden ein Bus länger benötigt, wenn er statt 50 km/h 30 km/h fährt.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 9

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) spricht Herrn Hacker an, ob er hierzu noch etwas äußern möchte?

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, ob sie zu TOP 4.1 schon etwas fragen könne?

Sie möchte zum Bereich der Pfarrer-Blink-Straße noch etwas nachfragen. Schauen Sie im Internet den Lärmkartierungsplan an, können Sie bei den dortigen Sozialwohnungen Lärmwerte bis zu 70 dB (bei Nacht) ablesen.

In der Antwort des Umweltamtes habe Sie aber gelesen, dass die maßgeblichen Immissionsorte mit 54 dB (Nacht) bzw. wenn man die Erneuerung der Fahrbahn mitberücksichtigt 51 dB (Nacht) belastet wären.

Sie frage sich, ob diese maßgeblichen Immissionsorte an dieser Sozialwohnungssiedlung liegen und wenn das der Fall wäre, frage Sie sich, ob man sich überlegen sollte, diese Lärmkartierung öffentlich zu belassen, denn man habe hier einen Unterschied von 20 dB.

Sie finde es recht schwierig, dies der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Sie würde sich freuen, wenn Sie hierzu auch die RLS-90 Werte einsehen könnte.

Herr Hacker (UA) antwortet, dass man die Lärmkartierung alle vier bis fünf Jahre mache. In diesen fünf Jahren passieren natürlich Veränderungen. Genau dort habe man aber eine wesentliche Änderung durch den dm-Neubau gehabt. Im Prinzip wäre dort ein neues Gebäude entstanden, welches praktisch zur Autobahn hin wie ein riesiger Lärmschutzwall fungiert und den Lärm Richtung Untermühlsiedlung deutlich abschirmt. Insofern habe OR Ricken Recht, die Lärmkarte stimme hier nicht mehr, weil man im Prinzip durch die bauliche Veränderung eine ganz neue Situation habe. Man werde das in der nächsten Lärmkartierung fortschreiben.

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass das stimme.

Die Sozialwohnungen liegen aber direkt an der Autobahn und das dm-Gebäude stehe daneben. Es könne schon sein, dass es hierdurch zu einer gewissen Abschirmung komme, aber sicherlich nicht in diesem Ausmaß.

Sie möchte sich noch auf Frage vier aus der Vorlage beziehen. Es wäre schwierig zu verstehen, wäre man nicht in diesem Thema, aber Sie wolle gerne wissen, wie groß der Unterschied zwischen dem Maßnahmenwert nach RLS-90 und dem, welcher in der Lärmkartierung abgebildet werde wäre? Sie wisse, dass es größere Unterschiede zwischen CNOSSOS EU und RLS-90 geben könne. Vielleicht habe man deshalb auch eine Möglichkeit, die RLS-90 Werte zukünftig irgendwie zu kommunizieren?

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 4: Lärmaktionsplan – Anpassung an aktuelle Rechtsprechung
Beschlussvorlage
hierzu**

TOP 4.1: Umsetzung von Maßnahmen im Lärmaktionsplan der Stadt Karlsruhe Stand 2016 und zukünftige Maßnahmen

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Blatt 10

Sie möchte von Herrn Hacker wissen, ob es hierzu eine Möglichkeit gebe und ob man vorhabe, diese zu veröffentlichen?

Herr Hacker (UA) meint, wenn OR Ricken die nördlicheren Bereiche anspreche, die habe man schon vor einigen Jahren intensiv untersucht.

Da wäre der dm-Bau noch nicht gestanden. Man habe zum einen von der Autobahnverwaltung, von der zuständigen Straßenbehörde mitgeteilt bekommen, dass Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn nur mit stark überhöhtem Aufwand betrieben werden können. Auch wäre nur eine kleine Zahl von Betroffenen davon tangiert. Hintergrund wäre, dass nur wenige Gebäude dieser Siedlung vor 1974 errichtet wurden. Nur für diese wäre aber ein Schutz nach der entsprechenden Lärmsanierungsverordnung, die der Bund zu vollziehen habe (Schutz für Anwohner an Autobahnen) vorgesehen. Dafür wurde auch der passive Lärmschutz für Betroffene in Aussicht gestellt. Es habe sich damals gezeigt, dass im Prinzip nur eine 8 m hohe Lärmschutzwand überhaupt eine erkennbare Lärminderung in diesem Bereich zulasse, weshalb man davon Abstand genommen habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie bedankt sich bei Herrn Hacker und Frau Bregula.

Sie komme nun zur Beschlussfassung inklusive des Prüfauftrages, das habe man im Protokoll so festgehalten. Sie fragt, wer diesem Beschluss so zustimmt

Abstimmung:

18 Ja Stimmen

1 Nein Stimme

2 Enthaltungen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 5: Gestaltungssatzung Altstadt Durlach, Karlsruhe-Durlach
Satzungsbeschluss
Beschlussvorlage: 2019/0958**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5** auf und informiert, dass es sich hier um die Vorberatung zum Satzungsbeschluss handle. Dies solle schnell beschlossen werden, bevor noch etwas dazwischen kommt.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) erklärt, dass er heute zum wiederholten Male bemerke, dass er froh wäre, dass es diese Gestaltungssatzung gebe. Das habe er allerdings nun schon ein paar Jahre hintereinander gesagt.

Er wolle darauf hinweisen, dass damit der Schutz der Durlacher Altstadt noch nicht zu Ende wäre. Nur das Zusammenwirken von Gestaltungssatzung im Hinblick auf die bauliche Gestaltung von Anlagen sowie die Ehrhaltungssatzung, die auf dem Weg wäre und hoffentlich schnell zum Erhalt von Gebäuden kommt und Schlussendlich der Bebauungsplan, mit dem man die bauliche Nutzung und die Freiflächen festschreibe, nur diese drei Dinge zusammen bewirken den Schutz der Durlacher Altstadt.

Was diese Instrumente anlangt müsse er leider noch einmal darauf hinweisen, dass diese seit der Gestaltung des ersten Entwurfs und hier habe er sich bei Herrn Pfalgraf erkundigt, nun sage und schreibe 18 Jahre gedauert habe, bis zum jetzigen Satzungsbeschluss.

So etwas könne man sich in Zukunft nicht mehr leisten. Er hoffe inständig, dass dieses Bewusstsein auch bei denjenigen vorhanden wäre, die für diese Verzögerungen gesorgt haben, denn das wäre definitiv nicht der Ortschaftsrat oder der Gemeinderat gewesen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) möchte sich dem anschließen.

Aber er glaube, es wäre jetzt auch mal an der Zeit, mit Beschimpfungen aufzuhören. Man solle dies jetzt auch einmal positiv bewerten und mit dem „drauf hauen“ einfach mal sein lassen.

Man wäre zuversichtlich, denn der Erhaltungssatzungsentwurf werde an ein fremdes Büro vergeben, dass habe man ja zuvor im Jahresgespräch gehört.

Letztendlich sollte nun auch OR Dr. Rausch damit zufrieden sein.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, er habe vorhin flapsig dazu „Jahrhundertprojekt“ gesagt und das wäre es ja nun nicht.

Es wäre ein wichtiger Baustein für den Erhalt und den Schutz unserer geliebten Durlacher Altstadt. Nicht mehr aber auch nicht weniger.

Trotzdem möchte er in Anbetracht der Bedeutung dieser Satzung mehr ausholen und doch ein, zwei Punkte nennen, wo seine Fraktion leichte Kritik und auch eine Forderung an die Verwaltung stellt.

Beginnen möchte er damit, dass er sich bei allen Beteiligten bedanke, die an diesem langen Weg zur Gestaltungssatzung mitgearbeitet haben.

Man habe in diesen Jahren diverse Workshops gehabt, man hatte Ausschuss-Sitzungen, Ortschaftsrats-Sitzungen, Bürgerinformationsveranstaltungen. Es habe einen Arbeitskreis Gestaltungssatzung gegeben, wo sich auch noch Bürger eingebracht haben.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

**TOP 5: Gestaltungssatzung Altstadt Durlach, Karlsruhe-Durlach
Satzungsbeschluss**

Beschlussvorlage: 2019/0958

Blatt 2

Man habe einen Praxistest der Satzungsvorschriften von Seiten der Verwaltung durchgeführt um zu testen, ob diese Vorgaben überhaupt in der Realität praktikabel wären. Heute habe man nun diesen finalen Satzungstext in Händen und darüber freue man sich sehr.

Er wolle sich noch einmal bei allen bedanken, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben.

Es wäre ein Baustein und es werden noch weitere Bausteine folgen, OR Dr. Rausch habe diese ja schon benannt.

Man wäre allerdings nicht ganz zufrieden und das wäre auch der Grund, warum man nicht geschlossen dieser Beschlussvorlage zustimmen möchte. Es blieben zwei kleine Schatten auf diesem Thema.

Enthalte diese Vorlage eigentlich die erforderlichen Regularien? Man hoffe es aber er habe nachgezählt und 24 Seiten Einwände und Diskussionen zwischen der Denkmalpflege, der Denkmalschutzbehörde und dem Stadtplanungsamt gezählt, die dem Ortschaftsrat im Rahmen der Zusammenfassung der Beteiligung der Behörden vorgelegt wurden. Und das nach 10 Jahren Ausarbeitungszeit dieser Satzung, das wäre schwierig nachzuvollziehen!

Für die Ämter möge dies normal sein. Für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker und Bürgervertreter wäre es nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme. Man werde beobachten müssen, wie sich die Satzung bewährt und vertraue aufs erste auf die Ausführungen des Stadtplanungsamtes.

Einen Punkt möchte er noch ansprechen, der seiner Fraktion sehr wichtig wäre.

Es gehe um die Regelung im § 14, die Frage zu technischen Bauteilen, hier im speziellen zu den Regelungen für Solar- und Photovoltaikanlagen. Dieser Paragraph liest sich als hätte es in den letzten sechs bis sieben Jahren keinen technischen Fortschritt auf diesem Sektor gegeben.

Inzwischen gebe es aber speziell für historische Gebäude entwickelte Indach-Installationen, das wären sogenannte Flachkollektoren die recht unauffällig wären.

Der zweite Punkt, warum man hier etwas hadere wäre, im § 14, der Begründung der Gestaltungssatzung heiße es: „Weder Solar- bzw. Photovoltaikanlagen sollen aus der Durlacher Altstadt verbannt werden. Allerdings sind sie nur auf den nicht vom öffentlichen Raum her einsehbaren Dach- und Fassadenflächen zulässig. Insofern kann es im Einzelfall vorkommen, dass die Einrichtung von Solar- und Photovoltaikanlagen auf Gebäudedächern aufgrund einer ungünstigen Himmelsrichtung ausscheiden muss“.

Das klinge zwar positiv, bedeute aber für sehr viele Gebäude in der Durlacher Altstadt, dass keine Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen möglich sein wird, da gerade die Dachflächen fast immer vom öffentlichen Raum her einsehbar wären.

Karlsruhe möchte aber bis 2050 klimaneutral werden. Auf diesem Weg dürfe man Niemanden ausgrenzen. Man benötige hier Jeden, der seinen Teil dazu beitragen könne und wolle.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 5: Gestaltungssatzung Altstadt Durlach, Karlsruhe-Durlach
Satzungsbeschluss
Beschlussvorlage: 2019/0958**

Blatt 3

Man fordere daher von der Verwaltung, eine positive und unterstützende Einzelfallbehandlung bei der Beantragung von Solar- und Photovoltaikanlagen. Auch unter der Einbeziehung von externen Beratern, wie z. B. der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur, oder anderen Experten. Wenn sich dann nach einer intensiven Beratung und Diskussion herausstellt, dass es keine satzungskonforme Lösung für die Einrichtung einer Anlage gibt, dann wäre das eben so und das trage man dann auch so mit.

Man unterstütze schließlich die Sicherung der Durlacher Altstadt auch optisch gesehen. Man erwarte aber eine ergebnisoffene, unterstützende Bearbeitung und Beratung durch die Verwaltung und keine pauschale Ablehnung mit Bezug auf § 14. Ansonsten die Zustimmung seiner Fraktion und ein Dankeschön für die Erstellung dieser Satzung.

OR Wenzel (Freie Wähler) erklärt, dass er sich darüber freue, den Schritt bis hierher geschafft zu haben.

Wenn man sich überlegt, dass die ersten Siedlungen in Durlach schon fast 2000 Jahre alt wären, Durlach selbst über 900 Jahre, dann wären die 18 Jahre, die man hierfür gebraucht habe eigentlich ein Klacks.

Jetzt könne man in der Satzung so manches „Häärlein“ finden, was er aber nicht wolle, denn ihm wäre klar, dass man zum Abschluss kommen und daran weiterarbeiten müsse. Dr. Rausch habe es schon bemerkt, es müsse klar sein, dass noch nicht alles gesichert wäre. Auch wäre er sich sicher, dass es auch zum Thema Photovoltaik Möglichkeiten geben werde, vielleicht mit integrierten Dachziegeln, hier werde dem Stadtplanungsamt sicher etwas einfallen.

Er möchte nur zum Ausdruck bringen, dass der lange Weg bis hierher mühsam gewesen wäre und diesen wolle man nicht noch einmal in anderer Sache gehen.

Aber in diesem Fall habe man heute einen Abschluss, der würdig wäre und als starkes Signal vom Ortschaftsrat Durlach an den Gemeinderat gegeben werde.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) äußert, „never ending story“ habe nun doch ein Ende gefunden.

Er wolle aber zu dem etwas bemerken, was OR Pötzsche gesagt habe. In dieser Gestaltungssatzung wären Dinge enthalten, die auch seiner Fraktion nicht gefallen. Für sein Verständnis wären diese allerdings nicht in Stein gemeißelt.

Man habe ja jederzeit die Möglichkeit, sollte man im Praxistest bemerken, dass etwas so nicht klappt, zum Beispiel mit den Anlagen, dass man hier nachjustiert. So habe er das jedenfalls verstanden.

Wenn es auch bedeute, einen längeren Weg zu gehen, aber es wäre nicht für alle Zeiten in Stein gemeißelt.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 5: Gestaltungssatzung Altstadt Durlach, Karlsruhe-Durlach
Satzungsbeschluss
Beschlussvorlage: 2019/0958**

Blatt 4

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, wenn die Satzung nun in Kraft trete bedeute dies, dass man wieder in ein Satzungsänderungsverfahren gehen müsse.

Es wäre nicht in Stein gemeißelt, aber es bedürfe eines gesonderten Verfahrens.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) äußert, dass das von OR Pötzsche treffend formuliert wurde. Man habe sich intern in der Fraktion stark mit dem Thema auseinandergesetzt. Er wolle noch kleine Anmerkungen dazu machen.

Bislang werden in Karlsruhe nur 2 % der geeigneten Dachflächen für Photovoltaikanlagen genutzt. Deshalb könne man nicht hergehen und geeignete Dachflächen herausnehmen.

Er wisse dass es in der Diskussion gestanden habe, dass man evtl. den Eigentümern, die davon betroffen wären, Alternativen biete. Dazu wolle er anmerken, dass wenn das Freiflächenanlagen wären, man sowieso im Prinzip nicht genügend konkurrierende Nutzungsmöglichkeiten für die paar Flächen habe.

Seiner Meinung nach wäre das keine Option und der andere Punkt wäre, ziehe man hier kommunale Dachflächen in Betracht wäre das auch keine Option, denn die Stadt habe sich selbst zum Ziel gesetzt bis 2040 klimaneutral zu sein. Dazu werde sie jede eigene Dachfläche selbst für ihre CO₂ Bilanz benötigen und könne diese nicht dem Bürger zur Verfügung stellen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte hierzu anmerken, dass man diese Diskussion dann noch weiter und intensiver führen müsse. Durch diese Gestaltungssatzung allein verhindere man keine Photovoltaikanlagen. Die denkmalschutzrechtliche Problematik, habe man ja immer parallel laufen. Das merke man ja auch in diesen ganzen Gesprächen. Aus diesem Grund müsse man sich dann auch mal die Gesamtanlagensatzung anschauen, welche schon 25 Jahre alt wäre. Man müsse klären, ob sie für den heutigen Stand noch angemessen erscheint.

Stehen dort allerdings solche Sachen wie „sind sie nur auf den nicht vom öffentlichen Raum her einsehbaren Dach- und Fassadenflächen zulässig“ dann könne sie dazu nur sagen, dass mit dem öffentlichen Raum auch der Turmbergblick gemeint wäre und da müsse sie OR Pötzsche Recht geben, denn vom Turmberg aus wären alle Dachflächen einsehbar.

Sie glaube, wenn sich das Jemand vornehmen müsse, dann dieses Gremium. Man habe ja demnächst ein Treffen, bei dem man solche Themen auch gemeinsam angehen könne, wie z. B. alte Satzungen prüfen, ob diese noch zeitgemäß wären. Das könne man tun, das mache dann Sinn. Dies wären aber keine einzelnen Satzungen, hier habe ja man mehrere.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 5: **Gestaltungssatzung Altstadt Durlach, Karlsruhe-Durlach**
Satzungsbeschluss
Beschlussvorlage: 2019/0958

Blatt 5

Was man auch aus dem Vortrag der Kollegin aus Tübingen klipp und klar gelernt habe, dass es nicht damit gemacht wäre, eine Satzung zu beschließen. Eine Satzung müsse auch weiter geändert, gelebt werden, so wie dies notwendig werde.

Das wäre ein Ziel welches man sich setzen könne und vielleicht auch müsse. Bevor man neue in Kraft setzt, sollten die alten auf die aktuellen Lebensumstände angepasst werden.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung. Sie fragt, ob Jemand gegen diesen Satzungsbeschluss stimmt

Abstimmung:
3 Enthaltungen
18 Zustimmungen.

Sie bemerkt noch, dass man damit in den Gemeinderat gehen könne.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 6: **Gestaltungsgrundsätze für private Erneuerungsmaßnahmen in
dörflich geprägten Sanierungsgebieten**
Beschlussvorlage: 2019/0962

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6** auf und fragt, ob es hierzu Anmerkungen gebe?

Da dies nicht der Fall ist, bittet sie hier auch um Stimmabgabe zur Beschlussvorlage.

Abstimmung:

Einstimmig beschlossen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7** auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) äußert, dass man ja schon die Gelegenheit hatte sich ausführlich über diesen Antrag auszutauschen. Es habe ihn sehr gefreut, dass man diesen gemeinsam weiterentwickeln konnte.

Er möchte betonen, wie wichtig es wäre, diese Maßnahme nicht allein stehen zu lassen. Die flankierenden Maßnahmen, insbesondere die im ersten Schritt, wie z. B. die Ausweitung der Betriebszeiten der Turmbergbahn und dann natürlich irgendwann auch die Anbindung an das KVV-Netz, also eine wirklich durchgängige Erschließung mit dem ÖPNV. Dann die ständige Prüfung der Situation der Anlieger im Bereich der Talstation, falls es dort zu Ausweichmaßnahmen oder Ausweichverhalten der Fahrzeuginhaber kommen sollte. All diese Puzzlesteine wären wichtig, aber an dieser Stelle nur ein erster Schritt.

Was er auch für sehr, sehr wichtig halte wäre, dass man keine Parkraumbewirtschaftung auf dem Turmberg einführen dürfe und diese dann im Prinzip so stehen lasse. Man benötige insbesondere im Zeitraum der Einführung auch einen gewissen Kontrolldruck.

Das hatte man in der Sitzung des Ausschuss II vor zwei Wochen auch so besprochen. Man wisse, dass diese Puzzlesteine erst zu unterschiedlichen Zeiten zur Verfügung stehen.

Im Beschluss ginge es ihm darum, an dieser Stelle schon ein Signal zu senden, dass man dies machen wolle. Man wäre sich aber bewusst, dass manche der flankierenden Maßnahmen noch etwas Zeit benötigen. Auch dürfe man erst in die Umsetzung gehen, wenn man soweit wäre.

Gelinge dies bereits zum Frühjahr 2020, würde man sich darüber freuen. Wenn es erst im Sommer 2020 soweit wäre oder wenn man ggfs. noch einige Monate auf die Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes warten müsse, dann wäre das eben so.

Aber er denke, dass es ein wichtiges Signal wäre, das man diesen Auftrag, die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ernst zu nehmen, auch angehe und zwar nicht nur in den Innenstadtbereichen, sondern auch auf dem Turmberg, der für die Durlacher, für die Karlsruher und auch für Touristen einen sehr, sehr hohen Naherholungswert besitze.

OR Ginder (DIE LINKE) teilt mit, dass sie den Antrag und die dazugehörige Stellungnahme sehr aufmerksam gelesen habe.

Sie habe ein Problem damit, dass es hier um Einzelmaßnahmen gehe, die nicht so richtig zusammen hängen.

In 2021 sollen Personalmittel zur Verfügung stehen, um eine Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung zu ermöglichen. 2020 wäre es möglich Automaten aufzustellen und die Öffnungszeiten der Turmbergbahn solle jetzt schon verlängert werden.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 2

Das wären alles Zeitpunkte, die irgendwo in einen zusammenhängenden Zeitrahmen gebracht werden müssen. Sie könne jedoch das Gesamtbild noch nicht erkennen.

Was ihr an dieser Stelle fehle wäre quasi das Ziel, wo man hin möchte. Wie viele Parkplätze sollen auf dem Turmberg angeboten werden, wo sollen diese liegen, wo dürfe nicht geparkt werden und wie solle die Parkraumbewirtschaftung preislich aussehen?

Um einen Anreiz für die Parkraumbewirtschaftung zu schaffen, damit hier ein tatsächlicher Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel stattfindet, müsse entweder der Preis für ein Parkticket deutlich höher oder der Preis für die Turmbergbahn deutlich niedriger ausfallen.

Fahren zwei erwachsene Personen den Turmberg mit der Bahn hinauf und wieder hinunter, habe man hier Preise, die momentan für ein Parkticket nicht im Gespräch wären.

Ist das Parken mit dem Auto durch die Parkraumbewirtschaftung immer noch günstiger werde kein Erziehungseffekt eintreten.

Dazu müsse die Turmbergbahn in die KVV-Preisstruktur miteingebunden werden. Es müsste gewährleistet werden, dass man mit den Zeitkarten auch die Turmbergbahn fahren dürfe. Dann hätte man einen Anreiz geschaffen, dass mit der Turmbergbahn gefahren und diese Alternative auch genutzt werde.

Werde eine Kontrolle von Parktickets erst so spät möglich, wäre möglicherweise eine Schrankenlösung auf dem Turmberg ein Gedanke wert.

Das Stichwort Turmbergmaut wäre schon gefallen. Das stoße möglicherweise auf nicht viel Gegenliebe. Es zeige aber deutlich auf, was man damit erreichen möchte, nämlich dass dort keine Autos mehr hinauffahren.

Man schaffe damit ein deutliches Zeichen und erspare es den Ordnungskräften, dort regelmäßig hochfahren zu müssen. Auch befürchte sie, dass sich die Parkzeiten am Turmberg sicherlich an Freizeit-Zeiten, an Abend- und Wochenendzeiten orientieren, also an keine üblichen Arbeitszeiten. Da wäre tatsächlich eine Schrankenstruktur sinnvoller.

Sie habe jedoch den Eindruck, dass das Ganze noch nicht richtig ausgegoren wäre. Bevor man sich in diesem Gremium nicht einig wäre, wo man überhaupt hin möchte, finde sie es schwierig, sich zu diesem Antrag positiv oder negativ zu äußern.

Sie finde die Idee einer Parkraumbewirtschaftung zu Erziehungszwecken und um weniger Verkehr auf dem Turmberg zu haben sehr gut. Aber so wie der Antrag im Moment wäre, könne sie diesem nicht zustimmen.

Sie fände es gut, würde man das Thema auf die Tagesordnung vom Strategieabend im November setzen. Dort könne man noch einmal intensiv darüber sprechen.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) möchte sich direkt auf das eben gesagte beziehen.

Man möchte sich nicht unbedingt erziehen lassen, das habe aber mit diesem Antrag nichts zu tun.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 3

Man halte den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt schlichtweg für falsch, da man keine Alternativen habe. Eine Alternative müsse sein, dass man überhaupt einmal darüber nachdenkt, dass man die Verlängerung der Turmbergbahn habe wolle. Auch müssen die Betriebszeiten dementsprechend geändert werden und dann müsse geschaut werden, ob das alles auch so funktioniert. Erst dann hätte man eine echte Alternative, die man den Bürgerinnen und Bürgern anbieten könne.

Mit Erziehungsmaßnahmen drohen, dass man dort oben ein Parkticket einführe, halte er für völlig falsch.

Es müsse sich jeder im Raum darüber im Klaren sein, dass es tatsächlich noch Menschen gebe, die auf ihr Auto angewiesen wären. Jemand der keine andere Möglichkeit habe, als dort mit dem Auto hinauf zu fahren, müsse dann auch noch einen Obolus entrichten.

Zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Maßnahme durchzuführen würde von seiner Fraktion als Maßnahme gegen die Autofahrer gewertet. Solche Maßnahmen lehne man aber prinzipiell ab.

Wie gesagt, er möchte die Tür für dieses Projekt nicht für alle Zeiten zuschlagen, doch zum jetzigen Zeitpunkt wäre das für seine Fraktion nicht akzeptabel, weil die Alternativen fehlen.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte mit dem Ergänzungsantrag beginnen, da ihn dieser an einer Stelle ganz besonders ärgere.

Dass in der Jean-Ritzert-Straße, am Waldspielplatz, ein Parkraum bewirtschaftet werden solle, habe in der Sitzung im Ausschuss II zu diesem Thema, noch nicht im Antrag gestanden. Wenn er überlegt, dass man Eltern bestraft, dass sie mit ihren zwei oder drei Kindern dort hinauf fahren, um diese dort spielen zu lassen und dann sollen sie auch noch bezahlen.

Er beobachte den Spielplatz oft, er wohne ja nicht weit weg. Er habe sich erlaubt, am letzten sonnigen Tag mal einige Eltern zu fragen, was sie davon halten würden, müssten sie für das Parken etwas bezahlen. Diese haben ihn nur sehr bestürzt angeschaut.

Erst biete man diesen Waldspielplatz an und nun verlange man, dass die Autofahrer, die dort parken möchten, dafür bezahlen müssen. Er wisse nicht wie Kinder dort sonst hinauf kommen sollen? Sollen diese dort hinauf laufen?

Dieser Ergänzungsantrag ärgere ihn, Kinder wären unsere Zukunft. Er freue sich darüber, dass Eltern mal an einem Tag mit ihren Kindern ins Grüne fahren und nicht in irgendwelche Indoor-Hallen gehen oder die Kinder am PC spielen lassen.

Dieser Antrag finde überhaupt nicht seine Zustimmung.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 4

Beim ursprünglichen Antrag habe er gesagt, dass das Paket, wie es auch OR Ginder erwähnt habe, dass die begleitenden Maßnahmen geführt werden müssen. Man müsse die Zeiten der Turmbergbahn und auch deren Verlängerung abwarten.

Es könne bereits damit angefangen werden in Kurven oder dort wo Wanderer parken, diese Bereiche mit Natursteinen oder Baumstämmen zu schützen. Dann habe er auch kein Problem mit der Bewirtschaftung.

Aber umgekehrt habe er sehr wohl ein Problem damit und zwar nicht nur weil er die Autofahrer schützen wolle.

Er frage, ob man schon beobachtet habe, wer dort hinauf fahre? Das wären zumeist Leute, die Kinder haben oder eingeschränkt wären. Da wolle er nicht dastehen und sagen müssen, dass man diese dort nicht haben wolle.

Er finde diese Idee gut, aber man benötige dazu ein fertiges Konzept. Würde man hierüber beraten, fände er das auch gut, aber heute könne er darüber nicht abstimmen.

Er hätte ein echtes Problem damit, dies zu erklären.

Er ärgere sich maßlos über die Wildparker, die in die Grünflächen parken. Darüber habe man auch im Ältestenrat gesprochen, und dass man dort Steine aufstellen solle. Damit habe er kein Problem.

Er ärgere sich über die Mountainbike Fahrer, die über die Wald- und Wiesenwege fahren, oben bei Schöneck, wo die vielen Fußgänger laufen, dass man bald jeden zweiten Tag umgefahren werde. Dies alles ärgere ihn maßlos.

Diese Maßnahmen könne man umsetzen, das andere bitte im Gesamten. Heute werde es von ihm deshalb keine Zustimmung geben.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass man beim Thema öffentlicher Nahverkehr mit den Grünen öfter einer Meinung wäre. Bei diesem Thema komme man aber einfach nicht zusammen.

OR Ruf habe es deutlich erläutert, das Thema mit den verschiedenen Bausteinen. Er kam wohl aber zu einem Schluss, den er nicht mittragen könne.

Er habe vorgeschlagen, erst einmal mit einem Baustein zu beginnen, nämlich mit der Parkplatzbewirtung. Das wäre für ihn die falsche Reihenfolge.

Dieser Antrag werde bei seiner Fraktion erst Zustimmung finden, wenn man ein Gesamtkonzept habe. Zu einem Gesamtkonzept gehöre seiner Meinung nach, ein attraktiver, öffentlicher Nahverkehr. Man werde auch eine Phase haben, wo die Turmbergbahn umgebaut werde. Auch darüber müsse man sich Gedanken machen.

Alles andere, jetzt loszulegen, um dort oben eine Parkraumbewirtung einzuführen, fühle sich für ihn, wie eine Bestrafungsmaßnahme für Autofahrer an. Von OR Ginder wurde es Erziehungsmaßnahme genannt. Das wäre ein Weg, den die Liberalen so nicht mitgehen werden.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 5

Man wäre gerne bereit, attraktive Angebote zu unterstützen, wie z. B. die Verlängerung der Turmbergbahn oder die Verlängerung der Betriebsdauer der Turmbergbahn. Erst nach dem diese Themen geklärt wären, könne man am Ende darüber nachdenken, für die verbliebenen Parkplätze einen Obolus zu nehmen. Jede andere Reihenfolge wäre ansonsten falsch.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) informiert, dass die SPD Fraktion diesen Antrag ablehnen werde.

Die Gründe wären im Wesentlichen dieselben, die schon genannt wurden. Unabhängig, ob es sich um eine straßenverkehrsrechtliche Maßnahme handle, die wahrscheinlich nicht einmal in die abschließende Entscheidungskompetenz des Ortschaftsrats falle.

Solange die Turmbergbahn nicht von der Endstation, über eine Mittelstation, bis zur Bergstation fährt, und auch noch nach 20 Uhr fährt, so lange werde die SPD einem solchen Antrag nicht zustimmen können. Da fehlen noch einige Faktoren, an die die Grünen noch nicht gedacht haben.

Wobei er sagen müsse, dass OR Ruf die Ergänzungen ja gemacht habe. Das finde er auch lobenswert. Nur finde man diese Ideen im Antrag überhaupt nicht wieder.

Der Antrag wäre als Sanktionscharakter, als Bevormundung, als erzieherische Maßnahme ausgestaltet und dafür gebe man sich nicht her.

Er weise auch noch im Hinblick auf zukünftige Diskussionen darauf hin, dass es da oben, auf diesen Parkplätzen, auch nicht wenige Dauerparker gebe. Durch das Lehrgangswesen auf der Sportschule Schöneck wäre der Parkplatz regelmäßig überlastet. Man wäre dort im Landschaftsschutzgebiet und dort gebe es auch keine weiteren Parkplätze, d.h. man benötige ein Gesamtkonzept.

Mit dieser abschließenden Maßnahme jetzt anzufangen wäre völlig verkehrt. Man müsse sich an die Gesetze der Logik halten. Im Fußball falle das 2:0 auch nicht vor dem 1:0. Von daher gesehen könne man emotional diesem Antrag nicht zustimmen.

OR Ricken verlässt die Sitzung um 19:40 Uhr.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) äußert, dass er die Wortwahl, die hier teilweise gewählt werde, komplett absurd finde.

Das Wort Erziehung. Hinter diesem Antrag stecke in keinster Weise etwas mit Erziehung. Auch nicht mit Sanktionen oder Bestrafung.

Er wisse, es wäre sicherlich eine ideologische Betrachtungsweise, dass wenn das Autofahren verteuert werden solle, dass manche Fraktionen immer das Wort Bestrafung in den Mund nehmen. Das wären just jene Parteien SPD, CDU und FDP vor allem, die jedes Jahr den Bürgern, wenn es um die Erhöhung der ÖPNV-Tickets gehe, ohne jeden Widerspruch im Aufsichtsrat der KVV, in die Tasche greifen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 6

Da verwenden sie diese Wortwahl nicht. Und es wären dort die Lieschen Müller, und die Familien mit Kindern, denen sie jedes Jahr in der Sitzung des Aufsichtsrats, ohne Widerspruch in die Tasche greifen.

Und hier versuchen sie uns vorzuführen. Wir wollten bestrafen, sanktionieren oder erziehen. Darum gehe es überhaupt nicht.

Haben die Parteien die letzten zwölf Monate überhaupt nichts gelernt? Es gehe um Veränderung, das Aufstellen von Rahmenbedingungen, um das Autofahren etwas teurer zu machen. Das wären lächerliche Beträge, über die man hier spreche und man wolle dazu ermuntern, die Turmbergbahn zu nutzen, denn man habe dort schon einen ÖPNV, der relativ günstig wäre. Während der Bauphase werde es sicherlich einen Busersatzverkehr geben. Da werde der ÖPNV sicherlich unterbrechungsfrei gewährleistet werden.

Er habe es im Ausschuss II auch schon angesprochen, dass man dort oben ein paar Einnahmen kreieren müsse, um den erhöhten Reinigungsbedarf finanzieren zu können. Das AfA habe es ja auch dargestellt, dass man die Reinigung dort oben auch noch ausweiten wolle und müsse. Im Gegenzug dafür ein paar Einnahmen zu erzielen wäre doch eine gute Sache.

Die Wortwahl und wie man versuche, Dinge hinzudrehen, wäre einfach nur erbärmlich und jämmerlich.

Es gehe darum, die Infrastruktur ab jetzt, ab diesem Jahr, langsam und allmählich in den nächsten 10 Jahren zu verändern, damit tatsächlich auch die Klimaziele der Stadt Karlsruhe erreicht werden können.

Er empfehle, man solle sich mal das neueste Gutachten von der Seite des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg herunterladen. Was dort zur Parkraumbewirtschaftung stehe und wie die Ergebnisse dazu wären.

Wie die Ergebnisse für den Einzelhandel aussehen und auch die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern. Darüber könne man dann weiter diskutieren.

Man habe das nicht heute einführen wollen. Man habe ja auch zur Kenntnis genommen, dass es wahrscheinlich mindestens ein Jahr dauern werde, wenn man ein Beschluss fasst, bis Automaten angeschafft werden können, u.s.w.

Er könne hierüber nur den Kopf schütteln.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, das wäre jetzt fast schwierig, da es so viele Wortmeldungen, so viele interessante Beiträge gegeben habe.

Von der Wortwahl beginnend bei der LINKEN und fortgeführt über die CDU bezüglich Erziehungsmaßnahmen, Sanktionen, Bestrafungsmaßnahmen, das wäre vollkommen lächerlich.

Er denke, eines der größten Probleme hier wäre die fehlende Fachkenntnis. Das wäre zumindest sein Eindruck.

Er wolle nur auf ein paar Punkte eingehen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 7

OR Wenzel habe den Geltungsbereich angesprochen. Dieser habe sich zwischen dem Antrag und dem Änderungsantrag nicht verändert. Das könne er auch nachlesen. Er habe eher den Eindruck, dass man hier versuche, diesen Antrag bewusst misszuverstehen.

Die Motivation dazu könne er nur erahnen, was aber überhaupt nicht seine Aufgabe wäre, diese nun zu interpretieren.

Bezüglich der Turmbergbahn wolle er anmerken, dass man vor zwei Sitzungen den Antrag der Freien Wähler, bezüglich der Betriebszeiten, grundsätzlich mitgetragen habe, weil man diesen vollkommen sinnvoll gefunden habe. Hier habe man ja schon gehört, dass mangelnde Nachfrage durchaus ein Problem wäre. Und hier greifen die Sachen vollkommen zusammen. Er könne ja nicht hingehen und sagen, dass man ein Problem wegen mangelnder Nachfrage beim ÖPNV habe und gleichzeitig subventioniere man den Autoverkehr. Ansonsten habe man zwei Sachen, die überhaupt nicht miteinander vergleichbar wären. Darum gehe es aber an dieser Stelle.

OR Ginder (DIE LINKE) entgegnet, bevor man jetzt im Protokoll nachschauen müsse, erinnere sie sich sehr gut, das Wort Erziehungsauftrag eingeführt zu haben.

Wenn es um Kfz-Verkehre gehe, werden Autofahrer immer im unterdurchschnittlichen Maße, an der Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur für diese Verkehrsform, beteiligt. Das wäre auf dem Turmberg, mit dem Vorschlag vom Stadtamt mit einem Tagesticket, welches 6 Euro kosten solle, weiterhin der Fall.

Wenn die Fahrt für zwei Erwachsene auf den Turmberg, hoch und hinunter mit der Turmbergbahn schon bei 9,20 Euro liege, und das Tagesticket für das Auto bei 6 Euro liege, dann habe sie nicht den Eindruck dass die Autofahrer dafür bestraft werden, auf den Turmberg zu fahren. Sie nenne es eine Beteiligung an diesem öffentlichen Angebot und an dieser Touristik-Attraktion.

Auf dem Turmberg wären hauptsächlich hochpreisige Freizeitangebote zu finden, wie z. B. das Restaurant Anders auf dem Turmberg oder der Klettergarten. Das wären Dinge, die sich Lieschen Müller aus Aue, die sich vielleicht gerade noch so ein Auto leisten könne, in ihrer Freizeit nicht regelmäßig gönnen könne.

An dieser Stelle habe sie auch überhaupt kein Mitleid mit Autofahrern, die sich ein Auto leisten, aber die Parkgebühren nicht bezahlen möchten. Sie müsse auch sagen, sie habe vorhin gesagt, sie könne dem Antrag, so wie er momentan wäre, zum jetzigen Zeitpunkt, nicht zustimmen.

Sie könne ihn aber auch nicht ablehnen. Sie finde es enorm wichtig, dass es eine Parkraumbewirtschaftung dort oben gebe, dass Autofahrer sich daran beteiligen und nur durch diesen finanziellen Druck, werde eine Verlagerung auf den öffentlichen Personennahverkehr passieren.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 8

Was allerdings für sie in den Beschluss mit hinein müsse wäre, dass tatsächlich die Parkgebühren höher ausfallen, als die Kosten mit der Turmbergbahn.

Sie wendet sich an OR Griener und erklärt, wenn er wolle dass Lieschen Müller günstig auf den Turmberg hoch kommt, dann wäre es doch gut wenn Lieschen Müller, die vielleicht gar kein Auto hat, günstig mit der Turmbergbahn dort hinauf kommt.

Diejenigen, die sozial unterstützt werden müssen, sind nicht die Autobesitzer.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass sie ein grundsätzliches Problem mit der Argumentation, dass man erziehen wolle, habe.

Es gebe seriöse, wissenschaftliche Berechnungen, dass man das Ziel als Weltgemeinschaft erreichen solle, eine maximale Erderwärmung um 1,5 Grad zu tolerieren.

Man wisse ansonsten nicht, wie es danach mit den Lebensbedingungen aussehe und das werde unsere Kinder mehr betreffen, als uns.

Dann habe man noch ein CO₂ Budget, wenn wir so weiterleben, wie wir es bisher getan haben, für etwas zwischen 10 und 20 Jahren. Stelle sie sich dann vor, dass man warten müsse bis 2022/2023 oder wenn vielleicht noch Anwohner-Einwendungen kommen, bis 2025.

Bis dann diese Verlängerung der Turmbergbahn kommt, bis dann dort oben irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die Leute zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln dort hinauffahren können, das dauere doch alles viel zu lange und das entziehe sich einfach ihrem Verständnis.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) äußert, dass man nun viel gehört habe, vor allem emotionaler Art, mit dem Versuch versehen, zum jetzigen Zeitpunkt und mit dem jetzigen Antrag da noch was zu retten, was eigentlich nicht zu retten wäre.

Weil, und das wurde schon hinlänglich durch die anderen Fraktionen hinweg argumentiert, der Antrag als solches und Herr Kollege Ruf, sie sprachen von Puzzle-Teilen, nicht stimmig wäre.

Wenn sie dann irgendwann einmal ein Puzzle fertig haben, dann hängen sie es an die Wand und wenn sie dies jetzt schon tun, werden sie feststellen, dass ihr Puzzle noch unglaublich viele Lücken aufweist. Dann wäre es doch logisch, dass wir im Konzept der gesamten Maßnahmen, rund um die Turmbergterrasse und der eigentlichen Erschließung, mit welchen Mitteln auch immer, dies richtig abschließen müssen.

Er wolle deshalb noch einmal aufgreifen, was sein Fraktionsvorsitzender gesagt habe. Das könne man auch hören oder wissentlich überhören, lieber Herr Köster. Da ging es nämlich darum, dass man gesagt habe, man spreche noch einmal darüber. Wenn wir denn die richtigen Maßnahmen, nämlich die Anschlussmaßnahmen einer verlängerten Turmbergbahn an die Endhaltestelle erschlossen haben.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 9

Damit letztendlich dieser Übergang, von einer Bahn in die nächste Bahn, auch tatsächlich möglich wäre. Darüber hinaus bewirtschaftete man jetzt diesen Turmbergparkplatz und schaffe letztendlich einen Parkausweichverkehr, der allerdings im ÖPNV-Netz keine Alternativen aufweise.

Der Ausweichverkehr lande dann beispielsweise im Wohngebiet der heutigen Talstation. Herzlichen Dank dafür sage er heute schon stellvertretend für die dortigen Anwohner, die dort leben und wohnen. Die werde er dann auch umgehend an die Fraktion von OR Köster verweisen, weil sie letztendlich diesen Antrag auf den Weg gebracht haben.

Sehen sie es doch jetzt endlich ein, dass sie hier für diesen Antrag keine Mehrheit erzielen werden, weil schlichtweg der vorliegende Antrag, so wie jetzt von ihnen voreilig eingebracht werden sollte, auch keine Mehrheit verdient.

Lassen sie uns doch noch einmal mit allen Maßnahmen hierüber debattieren. Da wäre man offen und könne gerne noch einmal auf seine Fraktion zukommen.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) teilt mit, dass er aus beiden Anträgen eine Erziehungsmaßnahme für Autofahrer heraus lese. OR Klingert habe das gerade noch einmal sehr deutlich angesprochen. Da wünsche er sich, dass alle die diesen Antrag geschrieben und unterschrieben haben, auf ihr Auto generell verzichten und kein Auto mehr besitzen sollen. Dann werde alles besser.

OR Bruker (AfD) äußert, dass er nur eine Frage zu diesem Antrag habe. In diesem Antrag, so wie er ihn lese, werde nicht zwischen Elektro-, Wasserstoff- oder Verbrennungsmotoren unterschieden.

Pauschal gehe es da nur um Autoverkehr. Wenn es sich um eine Umweltmaßnahme handeln sollte, müsse man doch aber einen Freibrief für Elektrofahrzeuge oder irgendetwas erwarten?

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) entgegnet, dass das relativ leicht zu beantworten wäre. Es gehe wirklich nur um die Reduzierung des Verkehrs.

Deshalb habe man hier, zwischen den verschiedenen Antriebstechnologien, nicht differenziert.

Ansonsten möchte er nun diese Diskussion auf jeden Fall beenden, denn er teile die Meinung oder die Kenntnis von OR Müller, dass dieser Antrag gescheitert wäre.

Allerdings möchte er gerne aus einem Flyer der SPD zum Parking-Day, welcher unter dem Slogan „Gut Leben in Durlach ohne Auto“, welcher in Durlach verteilt wurde, zitieren. Weiter stehe dort: „Plätze zum Leben, statt zum Parken“, „Raum für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen“ oder „Klima retten jetzt weniger Autoverkehr, alternative Angebote“.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 10

Er frage sich an dieser Stelle, da er dies was da auf diesem Flyer stehe, für wirklich toll und unterstützenswert halte, ob das nicht dann die Positionen sein sollte, die sie im Ortschaftsrat vertreten wollen?

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OF-Fraktion) erklärt, dass sie es schlicht und ergreifend erschreckend finde, dass hier erwachsene Menschen im Raum sitzen, die Dinge hören, die nicht gesagt wurden, und Dinge lesen, die nie geschrieben wurden. Die aufeinander herum hacken und behaupten, der andere wolle einen erziehen, der Freiheit berauben. Sie fahre ihr Auto, dazu stehe sie und egal wo sie auch schon im Leben hingefahren wäre, da parke sie ihr Fahrzeug, bezahle ein paar Euro und gut.

Da oben, wo es um vielleicht 50 Parkplätze gehe, da gehe es wirklich zu wie in der Hölle.

Da mache man auf einmal eine Baustelle draus, als wenn man an ihr Privatvermögen wollte. Sie halte das für lächerlich. Die Wortwahl, die hier getroffen werde, diese Polemik, dieses Verallgemeinern. Man habe mit Müttern gesprochen und wisse, dass da Radfahrer unterwegs wären. Was sie alles wissen und was wir alles glauben.

Sie halte es eigentlich für zum Schämen und bittet darum, auch zu dieser Tageszeit, ein klein wenig mehr persönliche Demut an den Tag zu legen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich und äußert, sie würde aber alle darum bitten, dass man nicht nur auf die eine oder andere Seite schaue. Sie sitze dazwischen und empfinde es von beiden Seiten so.

Und was sie besonders schade finde wäre, dass hier so eine Emotion in dieses Thema hineinkommen wäre, welches doch in großer Mehrheit gar nicht so weit voneinander weg wäre.

Was sie herausgehört habe wäre a), dass man total offen wäre für so etwas, wenn der Turmberg an den ÖPNV angebunden werde und b) bekomme man Zustimmung, wenn es idealer Weise und das wäre ein lang gehegter Wunsch von allen, in das Tarifsysteem eingebunden werde.

Dann müsse auch nicht mehr darüber geredet werden, dass die Turmbergbahn so extrem teuer wäre.

Sie sehe große Mehrheiten im Saal. Sie sehe auch große Mehrheiten, dass man sich schon jetzt um die Wildparker kümmern solle und dort auch schon entsprechend den Parkraum reduziert, weil man das Wildparken unterbinden möchte.

Zum Stellenschaffungssystem wolle sie erklären, dass man für diese Maßnahme frühestens in 2021 Personal bekommt.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019
sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 11

Die nächste Personaleinstellung wäre in 2020, aber dafür hätte man die Anträge schon einreichen müssen. Also wäre das erst in 2021 möglich, wenn man nicht eine andere Lösung dafür findet.

Jetzt diskutiere man auf diese Art miteinander, wie sie richtig gesagt haben Frau Frey, wo man doch bei vier Punkten in eine ähnliche Richtung denke. Aber der Zeitpunkt wäre ein anderer! Und hierüber dürfe man auch streiten und dürfe dazu auch eine Meinung haben.

Aber deswegen könne man sich trotzdem noch mit oder ohne Erziehung in die Augen schauen.

OR Wenzel (Freie Wähler) möchte sich bei der Vorsitzenden für diese Worte bedanken.

Er wollte versuchen eine Brücke zu bauen. Man wäre ja in vielen Punkten einer Meinung. Wildparken, das wäre der erste Schritt, dass dies verhindert werden solle.

OR Ruf habe Recht, die Straße stehe in beiden Anträgen.

Man wäre also in vielem gleicher Meinung. Nur der Zeitplan wäre verkehrt. Es müsse richtig herum, wie OR Müller gesagt habe, das Puzzle müsse richtig gemacht werden, deshalb würde er sagen, lassen wir es für heute gut sein, und diskutieren später gemeinsam weiter. Man werde einen gemeinsamen Weg finden, denn man wäre über das was gemacht werden müsse, einig.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) wolle nur kurz etwas anmerken, weil man auf das Kommunalwahlprogramm angesprochen wurde.

Man sehe hierzu keine Gegensätze. Man habe im Kommunalwahlprogramm nicht gefordert, dass auf dem Turmberg die Parkraumbewirtschaftung eingeführt werde.

Man wolle mehr Lebensqualität und da könne man sich z. B. über die Ausweitung der Fußgängerzone unterhalten, oder auf Umwidmung von Straßen auf dauerhafte Tempo 30 Zonen, usw. Da gebe es vieles was man umsetzen wolle, wo man auch entsprechende Anträge einbringen werde.

Aber wie gesagt, solange ein Antrag nicht die Folgen berücksichtigt und diese nicht einmal im Ansatz seiner Begründung liefert, so wäre er nämlich auch gemeint von den Grünen, das habe man in den anderen Wortbeiträgen, außer von OR Ruf, ja auch gehört, dass es da in erster Linie darum gehe, die Autos zu vertreiben.

Die Motorräder lasse man vielleicht drinnen, denn daran habe man ja auch noch nicht gedacht. Von daher gesehen bleibe es bei der Sache. Die SPD halte ihre Wahlversprechen, sofern sie dafür Mehrheiten im Ortschaftsrat bekommt.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 12

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) wendet sich direkt an OR Ginder. Sie habe vorhin gemeint, oben auf dem Turmberg gebe es hauptsächlich hochpreisige Angebote. Das wolle sie so nicht stehen lassen.

Man habe einen sehr aufwendig sanierten, städtischen Waldspielplatz, der nichts koste. Die Turmbergterrasse habe man bewusst konsumfrei gemacht, dass hier kein Druck entstehe. Es finden Veranstaltungen in den Veranstaltungsräumen statt, die kostenlos wären und man wisse, dass in der Sportschule Schöneck auch für Kinder und Jugendliche Großveranstaltungen stattfinden, die keinerlei Kosten verursachen.

Das wolle sie nur erwähnen.

OR Ginder (DIE LINKE) entgegnet, dass sie dies dann zurück nehme.

Sie wolle nun nur darauf hinaus, wie man mit diesem Antrag heute weiter macht? Sie finde es schön, wenn man heute noch mit einer Verbindlichkeit aus dieser Sitzung hinausgehen könne. Vielleicht könne man sich dieses Thema für den Strategieabend vornehmen, für eine positive Zielvorstellung, wo man hin möchte. Wie der Turmberg aussehen und wie das Straßennetz auf dem Turmberg aussehen solle. Wie viele Parkplätze, wo und ob bewirtschaftet, wie hoch die Preisstruktur ausfallen solle, wenn die Turmbergbahn in das KVV-Netz miteingebunden werde und wie man die Wildparker abhalten möchte.

Das wären alles einzelne Puzzlestücke. Aber erst als Gesamtpaket mache das einen Sinn. Trage man das als Gesamtpaket nach außen, präsentiere man das so den Durlacherinnen und Durlachern, dann wäre sie sich sicher, dass die Akzeptanz deutlich höher wäre.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte sich an dieser Stelle an einem abschließenden Wort versuchen.

Er habe sich Notizen gemacht, bezüglich der Sachen, bei denen man schon einen Konsens habe und das waren gar nicht wenige.

Großartig fand er auch die Signale aus der SPD, wie z. B. die Zustimmung zur Ausweitung der Fußgängerzone. Darauf komme man mit Sicherheit zurück, da könne man gerne zusammen arbeiten und darauf freue er sich.

Genau so auch das Angebot von OR Müller Puzzlesteine zusammenzufügen und gemeinsam was an die Wand hängen. Auch das wäre phantastisch und darauf freue er sich. Vielleicht könne man sich hierfür einmal zusammensetzen, dass sich seine Handschrift auch darin wiederfinde, dass er dazu seine Zustimmung geben könne.

Er würde an dieser Stelle vorschlagen, jetzt bezüglich dieses Antrages nicht abzustimmen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Parkraumbewirtschaftung am Durlacher Turmberg

Vorberaten im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt

Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 24.07.2019

sowie Änderungsantrag, eingegangen am: 24.09.2019

Vorlage: 2019/0961

Blatt 13

Er möchte von der Vorsitzenden wissen, wie man mit den Vorschlägen der Verwaltung nun verfähre? Da waren ja kleinere sinnvollere Sachen dabei, wie das Prüfen, ob man Findlinge oder Baumstämme im Kurvenbereich aufstellt, um die Sichtbeziehung zu verbessern. Wie gehe man mit diesen Dingen um?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass man hier schon einen Vor-Ort-Termin mit dem Ordnungsamt und den zuständigen Ämtern am Turmberg vereinbart habe.

Man warte nicht auf die Zustimmung zum Antrag. Es habe ja deshalb auch schon Beschwerden gegeben. Man wäre dort ja im Landschaftsschutzgebiet und da könne nicht jeder gerade irgendwo in den Wald stehen. Man habe in Teilen auch schon Baumstämme hingelegt.

Wie gesagt, man habe mit den Ämtern direkt nach dem Ausschuss II vereinbart, dass man mit dem Ordnungsamt, mit Herrn Günzel, einen Termin am Turmberg ausmache.

Das nächste wäre dann, dass man von diesem Termin berichte, auch im Ortschaftsrat. Man habe weiter vereinbart, wegen der Verlängerung der Betriebszeiten der Turmbergbahn einen interfraktionellen Antrag zu formulieren. Das wäre ja schon beschlossen. Das wären zwei Punkte, die unmittelbar vor der Umsetzung wären.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, ob das auch für die Fahrradabstellplätze gelte?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte wissen, welche Fahrradabstellplätze er meint?

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, auf Seite 2 der Stellungnahme der Stadt stehe, dass erkannt wurde, dass der Bedarf an weiteren Fahrradabstellplätzen erkannt wurde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erwidert, wenn das geprüft werden solle. Da könne man gerne noch einmal nachfragen.

Aber sie habe es in diesem Gremium noch nicht erlebt, dass man sich gegen notwendige Fahrradabstellplätze verwahrt.

Was man machen müsse wäre, an diesen Punkten dran zu bleiben und wirklich diese auch abzuarbeiten.

Sie fragt, ob man es dann für heute so belassen könne? Es wird also auf Abstimmung verzichtet und man berichte über die nächsten Schritte.

Das Gremium signalisiert allgemeine Zustimmung.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 8: Schild historischer Stadtkern

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am: 12.09.2019

Vorlage: 2019/0963

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8** auf.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) bemerkt, dass der Antwort der Verwaltung, dass ein solches Schild an drei verschiedenen Orten in der Durlacher Altstadt aufgestellt werden solle, zugestimmt werde.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) möchte anregen, dass das Symbol auf dem beigelegten Bild zum Antrag entsprechend Durlach-bezogen dargestellt werde.
Man bitte, dass dies bei der Umsetzung Berücksichtigung findet. Dies wolle er noch zu Protokoll geben.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 9: Zustand der öffentlichen Toiletten im Untergeschoss des Rathauses
Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 20.08.2019
Vorlage: 2019/0964

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9** auf.

Hierzu gibt es keine Anmerkungen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 10: Fehlender Hinweisschild zum barrierefreien Aufgang zur Straßenbahnhaltestelle Willmar Schwabe/Auerstaße

Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 20.08.2019

Vorlage: 2019/0965

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 10** auf.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, dass hier ein Treffen mit dem Fahrgastbeirat und mit Ortschaftsräten angesprochen werde.

Man hatte ja schon einen Rundgang mit dem Fahrgastbeirat, man könne sich aber an dieser Ecke gerne noch einmal treffen.

Sie möchte wissen, wer dieses Treffen terminiert?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass das die Verkehrsbetriebe machen werden.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt, ob diese das auch machen werden?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint, das werde sich zeigen.

Wolle man sich noch einmal treffen? Halte man das für sinnvoll?

Gibt es zu diesem ersten Treffen ein Protokoll?

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) entgegnet natürlich gibt es ein Protokoll, da waren ja verschiedene Leute dabei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass das ein wichtiger Hinweis wäre und das gebe man dann auch so weiter.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 11: Sicherer Schulweg Hubstraße

Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 02.09.2019

Vorlage: 2019/0966

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 11** auf und fragt, ob es hierzu Anmerkungen gebe?

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) entgegnet, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend wäre. Dass man es aber dabei belassen werde.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 12: Umsetzung faires Parken Dornwaldsiedlung

Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 03.09.2019

Vorlage: 2019/0967

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 12** auf.

Sie denke, dass hierzu schon zuvor Fragen gestellt wurden und das Thema deshalb erledigt wäre.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 13: Verkehrstest Sperrung Dürrbachstraße

Anfrage der Freien Wähler-OR-Fraktion, eingegangen am: 05.09.2019

Vorlage: 2019/0969

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 13** auf.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, ob man die Zahlen zu dieser Auswertung vorgelegt bekomme und wenn ja wann?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man diese bestimmt noch vorgelegt bekommt.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass man dabei das Problem habe, dass diese Zählung im Zeitraum der Sperrung der A8 durchgeführt worden wäre, mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen. Das möchte man anmerken. In welchem Zeitplan werde eine endgültige Entscheidung getroffen, ob es bei der Einbahnregelung bleibt?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass die Zählung ja jetzt noch einmal gemacht werde und dies dauere bis Ende Oktober. Danach gebe es eine Entscheidung, nachdem man diese Zahlen habe. Sie vermöge nicht zu sagen, wie lange diese verkehrsrechtliche Entscheidung dauert? Ob man dafür eine, zwei oder gar drei Wochen benötigt könne sie nicht sagen. Aber sie gehe davon aus, dass zeitnah entschieden werde. Die Anregung, diese Straße zu sperren, kam ja aus dem Ortschaftsrat, aus dem Ausschuss II. Diese Zählung werde ja nur noch einmal vorgenommen, weil die Maßnahme damals zu schnell umgesetzt wurde, ohne dass gezählt wurde. Daraufhin wäre ein Widerspruch gegen die Sperrung eingegangen. Man habe jetzt also ein Widerspruchsverfahren, welches vom Regierungspräsidium entschieden werden müsse. Um bei dieser Sperrung oder Einbahnstraßenregelung bleiben zu können, benötige man die Zahlen des Verkehrsversuchs bzw. der Verkehrszählung. Deshalb habe man diese Schilder noch einmal abgehängt, nicht aus Spaß und Lust, sondern weil es für dieses Verfahren notwendig gewesen wäre.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bemerkt, was sie auch noch nicht verstehe wäre, dass diese zusätzliche Verkehrsbelastung, über die sich die Leute in der Rittnerstraße beschwerten, die solle von der Einbahnstraße kommen, weil diese Autofahrer dann nicht mehr durch das Wohngebiet abkürzen?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bejaht dies.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) schildert, dass er kein besseres Stichwort habe bekommen können.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 13: Verkehrstest Sperrung Dürrbachstraße

Anfrage der Freien Wähler-OR-Fraktion, eingegangen am: 05.09.2019

Vorlage: 2019/0969

Blatt 2

Man habe dort ein „dickes Brett“ und einen „gordischen Knoten“ dort unten an der Ecke Dürrbach- und Rittnertstraße. Diesen werde man heute Abend auch nicht zerschlagen. Er habe praktisch, wie die anderen Fraktionsvorsitzende auch, im Studentakt E-Mails von Anwohnern der Dürrbachstraße bekommen, die sich gut organisiert haben. Er könne dies auch gut verstehen.

Es wäre allerdings so, dass er auch von Anwohnern, die weit oberhalb der Dürrbachstraße wohnen, auch massive Beschwerden bekomme. Deshalb müsse man schauen, hier eine Lösung zu bekommen. Auch müsse man versuchen, den Ausweichverkehr aus der Rittnertstraße heraus zu bekommen. Es handle sich hier um eine Anfrage, weshalb er nicht mehr dazu sagen wolle. Aber er wolle eine weitere Anfrage stellen.

Er möchte von den Verkehrsbetrieben Karlsruhe die Pünktlichkeit der Linie 23 stadteinwärts zwischen 7 Uhr und 9 Uhr wissen. Also im Schüler- und Berufsverkehr, denn die wäre gefühlt katastrophal und da hätte er gerne Zahlen von den Schultagen, also außerhalb der Ferienzeiten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erwidert, dass der Bus das doch schaffen müsse, denn dieser fahre ja alle 20 Minuten. Man müsse ja nur einen Bus früher nehmen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass die Frage nicht auf den weiteren Bedarf an Bussen ziele, sondern dass die Schüler massiv zu spät kommen, weil die Anschlüsse nicht erreicht werden. Die Schüler laufen teilweise hinunter, das könne evtl. eine Alternative sein, aber nicht bei jeder Uhrzeit und bei jedem Wetter. Deswegen hätte er gerne einmal die Zahlen hierzu gehört.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass man diese anfragen werde. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 14: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 14** auf und teilt mit, dass die Stellungnahme des Tiefbauamtes zu einer Wortmeldung von OR Kehrle bezüglich **Jahresgespräch mit dem Regierungspräsidium zum Thema Durchgehender Beschleunigungstreifen auf BAB5 Anschluss Mitte/Nord** ausgelegt wurde.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 15: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 15 auf.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) spricht an, dass das Ordnungsamt in der letzten Woche von den Pfingstferien und die Woche danach eine Verkehrszählung in der Pfinztalstraße durchgeführt habe. Er möchte wissen, ob man diese Daten noch vorgestellt bekommt?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass man danach fragen werde.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) schildert, dass im letzten Jahr versprochen wurde, dass der Nibelungen-Brunnen repariert werde. Dort wäre aber bisher nichts geschehen und das Jahr wäre bald vorbei. Beim Hengstbrunnen wäre es ja fast ähnlich. Er wolle wissen, was hier weiter passiert?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man nachfragen werde.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) bemerkt, dass ihm Anfragen von Anwohnern der ehemaligen Paracelsus-Klinik vorliegen würden. Diese berichten, dass dort schon Bautätigkeiten aufgenommen wurden. Die Anfuhr- und Abfuhrfahrzeuge würden sich nicht richtig verhalten. Auch möchte man gerne den Stand der Dinge wissen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint, das werde man erfragen und dann mitteilen.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) berichtet, dass er den Zeitpunkt nicht mehr genau im Kopf habe, aber im letzten Jahr habe man einen Antrag gestellt, ob man nicht den Fahrradweg auf der Durlacher Allee zweiseitig befahren könne und zwar in Richtung Dornwaldsiedlung.

Dies wurde hier im Gremium kontrovers diskutiert. Dennoch gab es damals eine Mehrheit, zumindest die hier geäußerten Meinungen, dass das Ordnungsamt dies noch einmal prüfen solle.

Er möchte noch einmal den Schülerverkehr der Kinder aus der Dornwaldsiedlung in Erinnerung bringen. Da habe man nie mehr etwas gehört. Von daher die Nachfrage, was mit der Bitte um Prüfung geschehen wäre?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) vermutet, da das immer klar abgelehnt wurde, dass diese Diskussion auch zu nichts neuem geführt habe. Man werde aber noch einmal nachfragen.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen was mit seinen Anfragen aus der letzten Sitzung wäre? Die Frage zur Verkehrssituation Pfinzstraße, Hubstraße und die Verkehrssituation am Eingang der Ochsentorstraße?

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 15: Mündliche Anfragen**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dies wäre in Arbeit und würde noch kommen.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte zur Frage von OR Dr. Wagner ergänzen, dass just am Durlacher Tor in Fahrtrichtung Durlach, genau dies gemacht wurde, und zwar auf einem wesentlich schmaleren Stück.

Man habe dort den Fahrradverkehr in beide Richtungen erlaubt. Er frage sich schon, anhand der Argumentation, die hier vor einem Jahr angeführt wurde, warum es dort möglich gemacht werde?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass man dies so weitergeben werde.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) kommt auf die Schweigeminute am Anfang der Sitzung zurück und meint, dass die Schule, an der er lange Jahre unterrichtet habe, das Markgrafen-Gymnasium, sich sehr um Gedenkkultur gekümmert habe.

Dies halte er gerade für eine sehr wichtige Aufgabe, vor allem nach dem, was zurzeit hier in Deutschland passiert. Man habe damals mit den Schülern ein Denkmal entworfen und dieses gemeinsam mit der Stadt am Durlacher Bahnhof aufgestellt, zur Erinnerung an die Deportation der Durlacher Juden.

Seitdem werde in jedem Jahr, am 22. Oktober, am Tag der Deportation, ein Gedenkgang durch Durlach veranstaltet. Dabei wäre es schön, wenn nicht nur Lehrer, Schüler und Eltern mitgehen, sondern er fände es auch schön, wenn Bürger teilnehmen würden. Ganz besonders freuen würde er sich, wenn sich (hierzu) auch ein paar Ortschaftsräte anschließen würden.

Das habe eine gewisse Symbolfunktion, weil man zeige, dass man für unsere Grundwerte einstehe und man unterstütze den wichtigen Kampf gegen Antisemitismus, Diskriminierung und Rechtsradikalismus.

Der Gedenkgang finde am Dienstag, den 22. Oktober statt. Er habe hierzu einen Flyer, den er gerne austeile.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie bedankt sich bei den Anwesenden, wünscht noch einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 20:17 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Dr. Ulrich Wagner
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. Oktober 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 15: Mündliche Anfragen

Die Protokollführerin:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Frau Rosemarie Susi, StaDu